



eine unabhängige Initiative für
Demokratie, Menschenrechte und Klimaschutz

„IMPRESSIONEN“ aus der NÖ Landtagssitzung vom 28.05.2026



#zusammenHaltNÖ is watching you ...

Unter diesem Motto verfolgten auch diesmal wieder Beobachter*innen die Landtagssitzung – wegen des Landtagssaal-Umbaus allerdings per Video-Stream.

Die Sitzungen werden laut Ankündigung der Landtagsdirektion bis Sommer 2027 im Ausweichquartier des Leopoldsaales stattfinden.

Die #zusammenHaltNÖ-Beobachter*innen kommen aus allen Teilen Niederösterreichs und vertreten unterschiedliche Vereine und Initiativen.

#zusammenHaltNÖ bemüht sich um Vernetzung, Austausch von Informationen und Erfahrungen, sowie um die Planung gemeinsamer Aktivitäten und Aktionen.


























Wir kommentieren in diesen "IMPRESSIONEN" alle in der Abstimmungsübersicht gelb markierten Tagesordnungspunkte/TO-Punkte.

Inhalt

TO-Punkt 1: Mitteilungen	5
TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend „Für die beste Zukunft unserer Kinder: Bildungschancen sichern statt praxisferner Schulexperimente“	6
TO-Punkt 3: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend konsequente Umsetzung des Gesundheitsplanes 2040+ zur Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgung	12
TO-Punkt 4: Antrag betreffend notärztliche Versorgung in Niederösterreich auf sichere Beine stellen	12
TO-Punkt 5: Antrag betreffend Prüfung der Gebarung der ecoplus Alpin GmbH, ihrer Tochter- und Enkelgesellschaften sowie deren mit der touristischen Standortentwicklung niederösterreichischer Bergerlebniszentren verbundenen Maßnahmen.....	17
TO-Punkt 6: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend NÖ Landes-Feuerweherschule, (Nachkontrolle (Bericht 2/2026).....	18
TO-Punkt 7: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Grundversorgung in Niederösterreich, Nachkontrolle (Bericht 3/2026).....	19
TO-Punkt 8: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Integrationsangelegenheiten.....	19
TO-Punkt 9: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Neubau des NÖ Universitätsklinikums Wiener Neustadt – Projektentwicklung (Bericht 5/2026)	25
TO-Punkt 10: Bericht des Rechnungshofes betreffend Wald im Klimawandel: Strategien und Maßnahmen; Follow-up-Überprüfung (Reihe Niederösterreich 2026/2).....	26
TO-Punkt 11: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Landesgesetz, mit dem das NÖ Gleichbehandlungsgesetz, das NÖ Landes-Bedienstetengesetz, die Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das NÖ Spitalsärztegesetz 1992, das NÖ Gemeinde-Bedienstetengesetz 2025, die NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, die NÖ Gemeindebeamtengehaltsordnung 1976 und das NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1976 geändert werden	27
TO-Punkt 12: Antrag betreffend EU-Bürokratieabbau und Vereinfachung von EU-Rechtsetzung	28
TO-Punkt 13: Antrag betreffend Verbot der privaten Schutzhundeausbildung – Änderung des NÖ Hundehaltegesetzes.....	29
TO-Punkt 14: Antrag betreffend Sicherstellung der Finanzierung und Weiterführung des Don Bosco Jugendzentrums in Amstetten.....	30
TO-Punkt 15: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Pflegebonus in Niederösterreich absichern und Verwaltung vereinfachen.....	31
Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN	32

Landtagssitzung 28. Mai 2026 – Abstimmungsergebnis

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
3	Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dinhobl und Punz, BA betreffend konsequente Umsetzung des Gesundheitsplanes 2040+ zur Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgung					
3a	Abänderungsantrag von Abg. Karin Scheele und Kolleg*innen.					
4	Der ablehnende Antrag des Gesundheitsausschusses zum Antrag der Abgeordneten Mag. Moser, MSc u.a. betreffend notärztliche Versorgung in Niederösterreich auf sichere Beine stellen					
5	Antrag der Abgeordneten Mag. Hackl, Ing. Mag. Teufel u.a. betreffend Prüfung der Gebarung der ecoplus Alpin GmbH, ihrer Tochter- und Enkelgesellschaften sowie deren mit der touristischen Standortentwicklung niederösterreichischer Bergerlebniszentren verbundenen Maßnahmen					
6	Bericht des Landesrechnungshofes betreffend NÖ Landes-Feuerweherschule, Nachkontrolle (Bericht 2/2026)					
7	Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Grundversorgung in Niederösterreich, Nachkontrolle (Bericht 3/2026)					
8	Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Integrationsangelegenheiten, Nachkontrolle (Bericht 4/2026)					
9	Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Neubau des NÖ Universitätsklinikums Wiener Neustadt – Projektentwicklung (Bericht 5/2026)					
10	Bericht des Rechnungshofes betreffend Wald im Klimawandel: Strategien und Maßnahmen; Follow-up-Überprüfung (Reihe Niederösterreich 2026/2)					
11	Antrag mit Gesetzesentwurf der Abgeordneten Schmidl, Mag. Keyl u.a. betreffend Landesgesetz, mit dem das NÖ Gleichbehandlungsgesetz, das NÖ Landes-Bedienstetengesetz, die Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das NÖ Spitalsärztegesetz 1992, das NÖ Gemeinde-Bedienstetengesetz 2025, die NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, die NÖ Gemeindebeamtenehaltsordnung 1976 und das NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1976 geändert werden					

TO	Thema	ÖVP	FPÖ	SPÖ	Grüne	NEOS
12	Antrag der Abgeordneten Heinrichsberger, MA, Mag. Scherzer u.a. betreffend EU-Bürokratieabbau und Vereinfachung von EU-Rechtsetzung					
12a	Zusatzantrag von Abg. Christoph Müller/Neos betreffend Europas Wettbewerbsfähigkeit stärken – Unterstützung nicht ausreichend					
13	Ablehnender Ausschussantrag zum Antrag der Abgeordneten Hörlezeder u.a. betreffend Verbot der privaten Schutzhundausbildung – Änderung des NÖ Hundehaltegesetzes					
14	Zustimmung zu ablehnendem Antrag des Wirtschafts- und Finanzausschusses zu Antrag der Abgeordneten Hörlezeder u.a. betreffend Sicherstellung der Finanzierung und Weiterführung des Don Bosco Jugendzentrums in Amstetten					
15	Antrag gemäß § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Gepp, MSc und Punz, BA betreffend Pflegebonus in Niederösterreich absichern und Verwaltung vereinfachen					

TAGESORDNUNGSPUNKTE

TO-Punkt 1: Mitteilungen

- Feststellung der Beschlussfähigkeit
- Mitteilung des Einlaufs (Hinweise auf Berichte, Anträge, Vorlagen der LR, Anfragen und Anfragebeantwortungen)
- sonstige Mitteilungen
- Redezeit

Diesmal weisen wir besonders auf folgende Anfragen und Anfragebeantwortungen hin:

Anfragen

- ◆ Anfrage betreffend Einstellung der Förderung in Höhe von 50.000 Euro für das Don-BoscoJugendheim in Amstetten: Warum?, Ltg.-976/XX-2026 (LR Antauer/FPÖ)
<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-976>
- ◆ Anfrage betreffend zwischen Sparzwang und Chancenbonus – wohin steuert die Bildungspolitik in Niederösterreich?, Ltg.-984/XX-2026 (LRⁱⁿ Teschl-Hofmeister/ÖVP)
<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-984>
- ◆ Anfrage betreffend „Werden Ressourcen an Niederösterreichs Schulen dort eingesetzt, wo sie gebraucht werden?“, Ltg.-981/XX-2026, (LHF Mikl-Leitner/ÖVP)
<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-981>
- ◆ Anfrage betreffend Asbestbelastung in Niederösterreich durch Material aus Steinbrüchen, Ltg.- 986/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-986> (LHF-Stv. Pernkopf/ÖVP)

Anfragebeantwortungen

- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Nachfrage zu Anfragebeantwortung 895/XX-2026 K vom 24.2.2026 „KI als Chance für eine zukunftsfähige Landesverwaltung“, Ltg.-947/XX-2026
<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-947> (LHF Mikl-Leitner/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Doppelbudget, Abbau Verwaltungspersonal und „Entrümpelung“ – wo bleibt die Transparenz?, Ltg.-948/XX-2026
<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-948>
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Finanzierung und Einsatz von Lehrpersonal an niederösterreichischen Pflichtschulen, Ltg.-950/XX-2026 (LRⁱⁿ Teschl-Hofmeister/ÖVP)
<https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-950>
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend Notfallzulassungen von Pestiziden in Niederösterreich, Ltg.-962/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-962> (LHF-Stv. Pernkopf/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend zusätzliche Finanzmittel für Rettungsorganisationen, Ltg.-964/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-964> (LR Kasser/ÖVP)
- ◆ Anfragebeantwortung betreffend zusätzliche Finanzmittel für Rettungsorganisationen, Ltg.-965/XX-2026, <https://noe-landtag.gv.at/gegenstaende/XX/XX-965> (LRⁱⁿ Prischl/SPÖ)

TO-Punkt 2: Aktuelle Stunde betreffend „Für die beste Zukunft unserer Kinder: Bildungschancen sichern statt praxisfer- ner Schulexperimente“

Abg. Christoph Kaufmann/VP beginnt seinen Redebeitrag mit der Aussage, Bildung sei Standortpolitik, Wirtschaftspolitik und Zukunftspolitik. Bildung würde darüber entscheiden, wie wettbewerbsfähig Österreich sein werde. Er geht dann aber rasch auf Kritik an Minister Wiederkehr über, dem er vorwirft, mit unausgereiften Konzepten Unsicherheit in ein System zu tragen, das in weiten Teilen Österreichs gut funktioniere. Er lenke mit immer neuen Systemdiskussionen von den tatsächlichen Problemen ab, die fast ausschließlich in der Bundeshauptstadt Wien liegen würden. Die Reformideen würden aus einer eindeutig Wiener Perspektive präsentiert und auf ganz Österreich umgelegt. Lösungen, die nur Wien weiterhelfen, deren Finanzierung aber alle anderen Bundesländer mittragen sollten, seien ein deutlicher Vorbote für so manche zentralistische Ideen mancher Parteien. Hier gelte es STOPP zu sagen und dagegenzuwirken. Der „sogenannte Chancenbonus“ sei ein besonders deutliches Zeichen für solche Praxis. Von den 400 Schulen, die zusätzliche Ressourcen erhielten, würden mehr als die Hälfte – nämlich 227 Schulen – in Wien liegen. NÖ würde diesen Bonus nur für 27 Standorte erhalten. Dieses Modell sei einzig allein mit dem Fokus auf Wien geplant worden. Diese Ungerechtigkeit werde auch weiterhin klar angesprochen werden, denn die nö. Schüler*innen würden die gleichen Chancen verdienen, wie jene in der Bundeshauptstadt.

Dann geht **Abg. Kaufmann** auf die geplante Verlängerung der Volksschule auf sechs Jahre ein, was ohne massive Investitionen nicht umsetzbar sei. Es würden Räume, Personal und ein tragfähiges Konzept dafür fehlen. Es müssten Milliarden in Infrastruktur investiert werden, die der Bundesminister auch zur Verfügung stellen müsse, denn die Gemeinden

stünden finanziell unter Druck und würden das nicht stemmen können. Schon heute müssten Gemeinden Unsummen in Sanierung und den laufenden Betrieb investieren, z.B. zur Anschaffung von Smartboards, Tablets und Laptops.

Und **Abg. Kaufmann** spricht dann das mögliche Vorhaben des Ministers an, kleine Volksschulen zu schließen und neue, größere zu errichten. Dazu meint der Abgeordnete, Volksschule gehöre in den Ort und sei ein zentraler Bestandteil des sozialen Lebens gerade im ländlichen Raum. Und er meint: „*Wir werden diese wichtige Institution, diesen Lebensnerv unserer Gemeinden und Orte gegen jegliche Angriffe aus Wien verteidigen und schützen*“.

Die ÖVP wehre sich nicht gegen Innovationen, aber stehe auch für die Beibehaltung bestehender Strukturen, für starke Gymnasien, für bestens ausgestattete Mittelschulen und für eine Aufwertung der polytechnischen Schule. Man lasse sich diese Vielfalt, die ein Erfolgsfaktor unseres Bildungssystems sei, nicht zerstören, nur weil es in einem Bundesland scheinbar massive Probleme gebe.

Der Abgeordnete hält weiters ein Plädoyer für die Beibehaltung der Sonderschule und für die Wiedereinführung der Ausbildung von Sonderpädagog*innen. Diese Position würde die ÖVP auch mit der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes GÖD teilen. Rund 3.000 Kinder würden in NÖ eine Sonderschule besuchen und dort ein auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenes Angebot erhalten, das ihnen kein anderes System bieten könne.

Die Gewerkschaft fordere kleinere Klassen, mehr Unterstützungspersonal, mehr psychosoziale Angebote und weniger Bürokratie. Sie warne davor, dass Reformideen über Medien kommuniziert werden anstatt durch Dialog mit jenen, die täglich in den Klassen stehen.

Abg. Kaufmann geht schließlich auf die Anforderungen der Wirtschaft an die Schule ein, die keine „*ideologischen Experimente*“ brauche, sondern gut ausgebildete Fachkräfte,

Verlässlichkeit, Qualität und Stabilität im Bildungssystem. Es brauche eine Stärkung der MINT-Fächer (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik), von Deutsch, Englisch und der Lehre. Und die Wirtschaft brauche Schulen, die nicht ständig mit neuen Strukturdebatten belästigt würden, sondern sich auf ihren Kernauftrag konzentrieren könnten.

Vom zuständigen Bundesminister würde sich seine Partei erwarten, dass er die tatsächlichen Probleme angehe, anstatt neue zu schaffen.

Und der Abgeordnete schließt mit den Worten: „Für die beste Zukunft unserer Kinder braucht es keine Schlagzeilen, sondern es braucht Lösungen, keine Schnellschüsse, sondern Verantwortung und keine zentralistischen ideologischen Ergüsse, sondern ein klares Bekenntnis zu Qualität, Fairness und Stabilität“.

#zusammenhaltNÖ fragt sich, wie fair es Schüler*innen und Lehrer*innen gegenüber ist, in Österreich Kleinstschulen, wie jene im Tiroler Ginzling mit fünf (!) Schüler*innen oder Volksschulen im Wechselgebiet mit insgesamt 20 Schüler*innen in allen vier Schulstufen aufrechtzuerhalten, während an anderen Schulstandorten zwanzig und mehr Kinder – oft mit anderer Erstsprache als Deutsch – pro Klasse unterrichtet und betreut werden müssen. Was bringt es, wenn in manchen Orten Gasthaus, Greissler und Bankfiliale zusperrt, die örtliche Volksschule aber unbedingt aufrecht gehalten wird? Die Zeiten ändern sich rasant und da muss die Schule wohl mithalten. Alles andere wäre ein Bewahren von völlig vorgestrigen „Wohnzimmerschulen“, die in der heutigen digitalisierten Zeit längst obsolet geworden sind.

#zusammenhaltNÖ fragt sich weiters, was der Plan einer sechsjährigen Volksschule, die es auch in Ländern mit konservativen Regierungen gibt, mit „ideologischen Ergüssen“ zu tun haben soll. Abg Kaufmann sei dringend angeraten, sich schleunigst mit schulischen Modellen in anderen europäischen Ländern auseinanderzusetzen, um zu verstehen, dass innovative Konzepte nichts mit Herumexperimentieren am Rücken der Kinder zu tun hat.

Zusatzinformation / Kommentar

[Chancenbonus-Programm](#), Bundesministerium Bildung, o.D.

[Chancenbonus für 244 Volks- und 156 Mittelschulen - news.ORF.at](#), 16.03.2026

[Chancenbonus für 228 Wiener Schulen - wien.ORF.at](#), 16.03.2026

[Vier oder sechs Jahre Volksschule? In der EU dauert die Primarstufe meist länger - Bildung - derStandard.at](#) › Inland [Vier oder sechs Jahre Volksschule? In der EU dauert die Primarstufe meist länger - Bildung - derStandard.at](#) › Inland, 12.02.2026

Abg. Indra Collini/Neos findet es gut, dass Bildung endlich auch bei ÖVP und FPÖ angekommen ist und dass Minister Wiederkehr die Schulen ins 21. Jhdt. Führe und den Mut habe, große Reformen anzustoßen. Sie geht weiters kurz auf Kickl und die angedeutete Ohrfeige im Klassenzimmer und auf den von der ÖVP nominierten (parteiunabhängigen) Bildungsminister Polaschek ein. Wiederkehr habe Visionen, wolle jedem Kind die Flügel heben. Die Reaktion der VPnÖ: man werfe den Betonmischer an und rücke mit der Lehrgewerkschaft aus. Der oberste Lehrgewerkschafter Kienberger meinte laut **Abg. Collini**, die einzig gute Reform im Bildungsbereich sei keine Reform. Dies zeige eine Bewahrungshaltung auf Seiten der VP. Die Kinder von heute müssten auf die Welt von morgen vorbereitet werden, z.B. durch Zurverfügungstellung von Werkzeugen für künstliche Intelligenz. Die VP gebe ihnen stattdessen eine Bedienungsanleitung für den Overhead-Projektor. Die Abgeordnete widerspricht **Abg. Kaufmann**. Es gebe in Wien massive Probleme, aber auch in allen anderen Bundesländern. Zahlen und Daten würden eine eindeutige Sprache sprechen. 25% der jungen Menschen könnten nach der Schule nicht sinnerfassend lesen. Bildung hänge vorrangig von der Herkunftsfamilie ab. 16 % der Kinder würden sich nach Schulabschluss in einer Risikogruppe befinden und hätten daher schlechte Chancen für ihren Berufsweg. Österreich sei damit Spitzenreiter. Diese Kinder würden direkt von der Schule zum AMS wandern, weil sie oft nicht einmal die Grundrechnungsarten beherrschten. Leistung sei wichtig, aber

im internationalen Vergleich sei sie bei österreichischen Kindern maximal Durchschnitt mit sinkender Tendenz. Das liege nicht an der Intelligenz österreichischer Kinder oder dem mangelnden Engagement der Pädagog*innen, sondern daran, dass Österreich im Bildungssystem von Maria Theresia steckengeblieben sei. Kaum ein anderes europäisches Land realisiere die frühe Trennung von Kindern wie in Österreich oder Deutschland. Die längere gemeinsame Zeit in der Grundschule sei die Regel und Österreich die Ausnahme. Die längere Grundschule als „Experiment“ zu bezeichnen sei daher absurd. Österreich sei das „Experiment“. Diese frühe Selektion mit zehn Jahren sei entwicklungspsychologisch zu früh, weil sich Kinder nicht gleich schnell entwickeln. Sie erhöhe nachweislich die Bildungsungleichheit, ohne die Gesamtleistung zu verbessern und mache das System ungerechter. Mister Pisa und OECD-Experte [Bildungsforscher Andreas Schleicher](#) sagt, keines der Länder mit früher Selektion würde zu den leistungsstärksten Bildungssystemen zählen. Und die Abgeordnete weist darauf hin, dass es in allen Ländern der PISA-Sieger wie Estland, Finnland, Schweiz oder Japan eine sechsjährige Grundschule gebe. *Abg. Collini* wird dann emotional und meint in Richtung ÖVP, die wissenschaftliche Evidenz sei eindeutig und sie erzählt aus ihrer persönlichen familiären Erfahrung, dass in den Klassen ihrer beiden Kinder ab der dritten Klasse der Druck durch die Frage gestiegen sei, wer es in eine höhere Schule schaffe und bei wem es „nur“ für die Mittelschule reiche. Dies verursache einen unfassbaren Druck für Kinder, Eltern und Lehrer*innen. Die Abgeordnete wirft der ÖVP vor, alles was von anderen komme als Blödsinn abzutun, den „[Chancenbonus](#)“ noch immer nicht verstanden zu haben und die räumliche Situation dagegen vorzuschieben. *Abg. Collini* legt ihren Landtagskolleg*innen den „[Plan Zukunft](#)“ ans Herz, der detailliert beschreibe, wie die Schule der Zukunft aussehen könne und geht auf einige Details ein.

In der sechsjährigen Volksschule gehe es darum, dass die Bildungswegentscheidung erst später erfolge, wenn die Kinder schon reifer sind, damit sie mehr Zeit für gemeinsames Lernen und Entwickeln hätten, unabhängig von der sozialen Herkunft. Es gehe darum, dass der Druck herausgenommen werde und die Klassengemeinschaft länger erhalten bleiben und die sozialen Bindungen gestärkt würden. Es gehe nicht darum, dass alle Kinder das Gleiche lernen müssten. Die Leistungsdifferenzierung würden innerhalb der Schule erfolgen und nicht durch Etikettierung und Einteilung in Gymnasium („*Du bist g'scheid*“) und Mittelschule („*Du bist zu dumm, leider nicht geschafft*“). In dieser Schule gebe es Unterricht in heterogenen Gruppen, temporäre Leistungsgruppen, hohe Durchlässigkeit, Lernangebote Klassen-, alters- und gruppenübergreifend. Interessen und Begabungen würden unterschiedlich gefördert, Kinder, die mehr Aufmerksamkeit brauchen, würden zielgerichtet unterstützt. Und als Reaktion auf Zurufe der ÖVP sagt *Abg. Collini* etwas genervt, dies seien keine Tagträume, sondern sie könne bezeugen, dass dies funktioniere. Ihr eigener Sohn habe solch eine öffentliche Schule besucht und sei in einer Mehrstufenklasse mit 25 Kindern vier Jahre lang unterrichtet worden. Und es seien sogar Integrationskinder in der Klassengemeinschaft gewesen, die alle später ihren Weg gemacht hätten. Sie habe erfahren, wie Kinder unter Anleitung der Lehrerin in kleinen Gruppen miteinander und voneinander lernen konnten. Ihr eigener Sohn habe nach diesen vier Jahren das Gymnasium in sieben statt acht Jahren absolviert. Die Evidenz belege, dass eine längere gemeinsame Grundschule für Kinder nicht weniger, sondern mehr Chancen bedeute. Und sie erwarte von der Landesregierung, dass sie endlich diese Fakten ernst nehme, dass sie zum „*Ermöglicher*“ würde und nicht der „*ideologische Reformverweigerer*“ bleibe, der Evidenz beharrlich ignoriere. Österreich habe kein Gold oder seltene Erden und sei kein Ölstaat. Der wichtigste Rohstoff

sei die Bildung. Sie wünsche sich daher, dass „Niederösterreich endlich mit dieser wirklich kindischen Blockadehaltung aufhört und nicht weiter der reformunfähige Bremser ist“. Und die Abgeordnete meint abschließend, sie wolle, dass NÖ viele Pilotregionen einrichte. Dies sei der geplante nächste Schritt des Bildungsministers: freiwillige Pilotschulen, die diese neuen Zugänge mit wissenschaftlicher Begleitung ausprobieren wollten.

#zusammenhaltNÖ gibt zu bedenken, dass der heutige [OECD-Experte Schleicher laut Wikipedia](#) von seinem Volksschullehrer als „ungeeignet fürs Gymnasium“ eingestuft wurde. Er teilte damit dieses Schicksal mit zahlreichen anderen Prominenten und sogar späteren Nobelpreisträgern, die aus unterschiedlichen Gründen „schlechte Schüler“ waren. Andreas Schleicher hat nach dem Besuch einer Waldorfschule später in Deutschland und den USA Physik und Mathematik, sowie Vergleichende Pädagogik studiert und neben der Tätigkeit an renommierten Instituten und Forschungszentren ab 1995 die PISA-Studien entwickelt.

Als nächster Redner spricht **Abg. Georg Ecker/Grüne** und wirft der ÖVP und **Abg. Kaufmann** vor, sie würden ihre Augen vor der Realität verschließen und eine Art Oppositionshaltung einnehmen, obwohl in der jüngsten Vergangenheit mehrere Bildungsminister ÖVPer waren.

Alle Kinder müssten die gleichen Bildungschancen bekommen. Trotzdem gebe es auch Kritikpunkte an Minister Wiederkehr und seinen Entscheidungen und er nennt das Beispiel Latein.

Das Problem nur auf Wien zu schieben sei nicht korrekt. Er wisse von Unternehmen, dass auch in NÖ Absolventen der Pflichtschule nicht sinnerfassend lesen könnten oder Defizite in Deutsch und Mathematik hätten.

NÖ könne gewisse Entscheidungen allein treffen, z.B. durch mehr Supportpersonal in Kindergärten, damit Sprachdefizite nicht in die Schule verschleppt werden. Weiters müssten Kinder auch auf die Welt von morgen mit

Klimakrise und Digitalisierung vorbereitet werden. Bildungschancen würden übrigens nicht mit der Schule enden. Die Kürzungen bei den Universitäten seien daher völlig widersinnig und er vermisse die Proteste aus NÖ.

Abg. Kathrin Schindele/SP geht zu Beginn ihres Redebeitrags auf ihre Vorredner*innen ein und meint, der Hauptfokus von Schule dürfe nicht nur auf Testungen, Vergleichen und Evaluierung liegen. Dies würde die Motivation sowohl bei Schüler*innen als auch Lehrer*innen in Grenzen halten. Neben der Vermittlung von Fachwissen und Schlüsselkompetenzen habe die Schule noch wesentlich mehr Aufgaben. Sie müsse die Kinder auf das Leben und die Gesellschaft vorbereiten. Es gehöre Wertevermittlung dazu und Sozialisation, die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung, von Interessen, Talenten und Neugierde. Es gehe darum, dass die anvertrauten Schüler*innen eines Tages Verantwortung für ihr eigenes Handeln übernehmen könnten. Die Schule müsse sehr viel leisten und damit dies gelingt, brauche sie die bestmöglichen Rahmenbedingungen. Die Abgeordnete spricht über ihre Erfahrungen in unterschiedlichen Schultypen und streicht die Bedeutung der Beziehungsarbeit hervor, ohne die nichts gelingen könne. Es brauche Konzepte und Pläne, die aber nur gelingen können, wenn alle Schul- und Bildungspartner vor der Umsetzung dieser Pläne im Boot seien. Und Bildungsreformen würden mehr als Schlagzeilen brauchen. Ihre Fraktion sei für eine Verlängerung des gemeinsamen Lernens und setze sich deshalb auch für die gemeinsame Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen ein. In diesem Alter würden lebensentscheidende Weichen gestellt. Es stelle sich die Frage, wohin der Weg nach der Pflichtschule gehe und **Abg. Schindele** betont das Bekenntnis ihrer Fraktion zur Polytechnischen Schule, die ein wichtiger Teil des Bildungssystems sei. Die Verlängerung der Volksschule auf sechs Jahre sei nicht der Weisheit letzter Schluss, denn Reformen im Bildungssystem könnten

nicht über Medienankündigungen passieren, sondern solch ein Plan müsste von allen Beteiligten ausgearbeitet werden und die vorhandenen Gegebenheiten bekannt sein.

Abg. Schindele bezweifelt, ob bei der derzeitigen Personal- und Raumsituation bzw. den finanziellen Ressourcen der Gemeinden diese Vorhaben gelingen können, aber sie sei sicher, der Herr Minister habe das alles mitbedacht. Sie erwarte sich allerdings, dies würde in einem Konzept medial präsentiert werden und das Geld für die notwendigen Umbauten der Infrastruktur und Änderungen wäre vorhanden.

Die Abgeordnete bemerkt weiters, sie könne die Vorstellungen des Bildungsministers oft nicht nachvollziehen. Sie berichtet dann über ihre Recherche in Bezug auf den Minister, die sie allerdings sofort beendete, als sie las, der Minister habe mit fünfzehn Jahren den Ruf gehabt unkooperativ zu sein. Warum sie ihre Recherche abbrach, begründet die Abgeordnete allerdings nicht. Sie fordert dann klare, zu Ende gedachte Konzepte, die all jene einbeziehe, die das umsetzen sollen.

Abschließend gibt *Abg. Schindele* dem Minister einen kleinen Tipp, angesichts der unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeit von Kindern in der Schuleingangsphase zwei Pädagog*innen zu installieren und die nötige Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Ihre Schlussbotschaft an den Minister lautet: „*Wer Bildungsreformen ernst meint, muss Antworten liefern, nicht nur Schlagzeilen*“.

#zusammenhaltNÖ meint, *Abg. Schindele hätte vielleicht doch den Satz zu Ende lesen sollen, denn Minister Wiederkehr begründet, warum er diesen Ruf hatte. Und sein damaliges Verhalten deckt sich vermutlich mit jenem von 90% aller Vierzehn – oder Fünfzehnjährigen, die Dinge oder Anweisungen nicht einfach blindlings akzeptieren, sondern auch hinterfragen, manchmal sogar auf etwas provokante Weise. Das müssen Pädagog*innen aushalten, wenn sie wollen, dass sich die ihnen anvertrauten Jugendlichen zu denkenden, mündigen Erwachsenen und nicht nur zu blinden Befehlsempfänger*innen entwickeln sollen.*

Zu Beginn richtet **Abg. Helmut Fiedler/FP** eine Empfehlung an die Neos, sie mögen weniger Zeit in der Empörungsbubble und mehr Zeit in Klassenzimmern verbringen.

Er habe bezüglich der Reformpläne ausführlich recherchiert und ein ganzes Konvolut an „*Reformvorschlägen der Unvernunft*“ gesammelt. Nun wolle er auf die Top 5 der Reformpläne des Ministers näher eingehen:

- Sechsjährige Volksschule – unvernünftig
- Kompletter Systemumbau unter dem Titel „*Plan Z/Zukunft*“ – unvernünftig
- Weniger klassische Wissensvermittlung – unvernünftig
- Permanente Lehrplanreformen – unvernünftig
- Übermäßige Digitalisierung schon im frühen Schulalter – unvernünftig

Durch die „*Reformvorschläge der Unvernunft*“ erkenne man das Problem der Bildungspolitik. Man wolle die Schulen nicht reparieren, man wolle sie „*umerziehen, weg von Leistung, Ordnung und Bildung, hin zu ideologischen Experimenten auf dem Rücken unserer Kinder*“.

Das österreichische Schulsystem habe Probleme: „*Mangelnde Deutschkenntnisse, Gewalt an Schulen, Disziplinverlust, Lehrermangel und ein dramatischer Leistungsabfall bei Lesen, Schreiben und Rechnen*“.

Die sechsjährige Volksschule sei „*die alte Gesamtschule, verpackt in der pinken Verpackung mit einem PR-Gag*“. Die Linke versuche bereits seit Jahrzehnten, das differenziert und gut funktionierende Schulsystem zu zerstören. Nun versuche man es mit neuem Namen und hippen Marketing-Konzept.

Minister Wiederkehr nenne das „*Plan Zukunft*“. Dies sei aber kein Plan Zukunft, sondern der „*Plan der Gleichmacherei*“. Die FPÖ habe mit ihrer Diagnose recht, dass die ideologische Gleichmacherei über die individuelle Förderung der Kinder gestellt werde. Die Absicht dahinter sei, die leistungsstarken Kinder länger aufzuhalten, damit man statistisch so tun könne, als gebe es nach sechs Jahren

weniger Unterschiede. Nicht Leistung fördern, sondern Unterschiede verwischen. Das sei linke Bildungspolitik in Reinkultur. Das eigentlich Erschreckende sei, dass der Minister auf die eigentlichen Fragen keine Antworten habe: „Woher kommen die Lehrer? Wie funktioniert das in den ländlichen Regionen? Wer bezahlt den Umbau bzw. Neubau? Wie sollen Volksschul-, Mittelschul- und AHS-Lehrer gemeinsam arbeiten, obwohl sie unterschiedlichen Ausbildungen und unterschiedlichen Gehaltsystemen unterliegen?“ Nichts davon sei geklärt. Kinder seien unterschiedlich und hätten unterschiedliche Talente. Ein gutes Bildungssystem würde diese Unterschiede erkennen und sie fördern. Ein ideologisches Bildungssystem versuche, Unterschiede wegzudrücken, was derzeit passiere.

Die FPÖ fordere daher, dass das bewährte differenzierte Bildungssystem bleiben müsse. Seine Partei wolle eine Stärkung der Gymnasien, echte Leistungsförderung und Deutschpflicht vor Schuleintritt.

Abschließend hält der Abgeordnete fest, seine Partei stehe für „Leistung, Fairness und eine Schule mit klaren Werten, im Interesse für unsere Schüler und unsere Heimat Österreich“.

Als letzter Redner bei diesem TO-Punkt beklagt auch **Abg. René Lobner/VP**, dass es in NÖ zu wenige Schulen gebe, die den Bildungsbonus zugesprochen bekämen und er kritisiert den Bildungsminister und auch **Abg. Collini**, die in ihrer Rede die Vorhaben des Ministers erläutern und verteidigen hat.

Der Abgeordnete wirft Minister Wiederkehr vor, mit Ansagen und Parolen zu glänzen, doch es würden dahinterstehende Konzepte fehlen. Auch er spricht das Vorhaben der sechsjährigen Volksschule an und meint, man sollte mit den Schulerhaltern reden, mit den Direktor*innen, den Landesreferent*innen und auf Augenhöhe diskutieren.

Es brauche noch mehr Personal, z.B. mehr Schulsozialarbeit, aber diese sei vor einigen Jahren ohnehin verdoppelt worden. In den

Schulen wäre auch mehr Administrationspersonal nötig. Der Minister müsse dafür finanzielle Ressourcen zur Verfügung stellen.

Abg. Lobner geht dann ebenfalls auf die geplante sechsjährige Volksschule ein, die de facto nicht möglich sei, da weder die Kommunen, noch das Land oder der Bund für diese Umstrukturierung Geld hätten. Er regt weiters an, der Minister möge in seinen Heimatbezirk im Weinviertel kommen und dort mit Direktor*innen und Lehrer*innen sprechen, damit er deren Anliegen besser verstehe.

Die ÖVP stehe durchaus für neue Ansätze und würde sich Neuerungen nicht verweigern. Aber – wie schon **Abg. Kaufmann** – fordert der Abgeordnete „eine Bildung mit Hausverstand“. In NÖ habe man mit den ersten Bildungseinrichtungen, den Kindergärten, Reformwillen bewiesen. Gemeinsam mit den Gemeinden würden hier 750 Mio. € investiert, der Betreuungsschlüssel sei verbessert und die Schließzeiten reduziert worden. In Summe sei ein qualitativvolles Programm auf den Weg gebracht worden.

#zusammenhaltNÖ kann sich nur wundern, dass die Neos mit den Konzepten ihres Bildungsministers von **Abg. Fiedler** als „links“ bezeichnet und diffamiert werden. Offenbar scheint er ein wenig die Orientierung zwischen links, rechts und Mitte verloren zu haben. Falls er das reformpädagogische Konzept der „**Summerhill-Pädagogik**“ als „links“ bezeichnet hätte, wäre das ja noch irgendwie verständlich. (Dessen Gründer **A.S. Neill** verlegte übrigens in den 1920er-Jahren seine Schule für einige Zeit nach **Sonntagsberg** in NÖ und machte dort seine Erfahrungen mit der lokalen Bevölkerung). Aber die Reformvorschläge von Minister Wiederkehr als „links“ zu bezeichnen, kann nur als absurder Scherz betrachtet werden, der zeigt, dass **Abg. Fiedler** seit seiner eigenen Schulzeit selber offenbar nur als Ausbilder beim Militär, aber nie in Klassen einer öffentlichen Schule gestanden ist.

Zusatzinformation

[Landtagssitzung - Bildung: Reformpläne bescheren dem Minister Kritik aus NÖ - NÖN.at](#), 28.05.2026
[Andreas Schleicher – Wikipedia](#)

[OECD-Experte Andreas Schleicher: TFA ist... | Teach For Austria](#), März 2026

[Plan Zukunft - Bildung fürs Leben](#), Bundesministerium für Bildung, 2026

[Vor 100 Jahren gründete A. S. Neill die Schule Summerhill - Das Mekka der Reformpädagogik](#), Deutschlandfunk, 13.03.2021

Die nächsten beiden Tagesordnungspunkte werden auf Antrag von *Präsident Wilfing* und ohne Gegenstimme aus dem Landtag **auf Grund ihres sachlichen Zusammenhangs** bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung **gemeinsam behandelt**. <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-05-28/top-24e364bd50>

Berichterstatter **Abg. René Pfister/SP** und **Abg. Dominic Hörlezedler/Grüne**.

TO-Punkt 3: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend konsequente Umsetzung des Gesundheitsplanes 2040+ zur Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgung

TO-Punkt 4: Antrag betreffend notärztliche Versorgung in Niederösterreich auf sichere Beine stellen

[Ursprünglicher Antrag der SPNÖ, §34-er Antrag von VPFPNÖ](#), der den ursprünglichen Antrag miterledigt. [Antrag des Gesundheitsausschusses](#).

Als erste Rednerin spricht **Abg. Edith Kollermann/Neos** und hält gleich zu Beginn fest, dass dieser Antrag eine Klarstellung dessen sei, was bereits beschlossen wurde. Der zentrale Punkt sei, dass bestehende Strukturen erst dann verändert oder abgebaut werden dürften, wenn der entsprechende Ersatz vorhanden sei. Das stehe bereits im Gesundheitsplan selbst, der ganz bewusst auf abgestufte Versorgung setze, klare Behandlungspfade und das Prinzip des richtigen Orts für die richtige Behandlung. Das bedeute automatisch, dass es keine Versorgungslücken geben dürfe. Verantwortung bedeute aber auch, Entscheidungen zu treffen. Die Landesregierung habe die Verpflichtung, Maßnahmen zu erklären, Transparenz zu schaffen und Vertrauen aufzubauen. Politik müsse aber auch den Mut haben, Maßnahmen zu ergreifen, die nicht allen gefallen, weil sie vielleicht das subjektive Gefühl haben, etwas zu verlieren.

Eines sei klar: wenn die notärztliche Versorgung modernisiert werden solle, werde dies nicht ohne Veränderungen gehen. Neue Strukturen, neue Einsatzlogiken, stärkere Spezialisierung, veränderte oder auch weniger Standorte. Das Ziel sei aber eine bessere, weil beständigere Versorgung. Für manche Gruppen entstehe aber der Eindruck, als ob ihnen etwas weggenommen werde. Realität sei aber, dass nicht immer der Notarzt notwendig sei. Von den rund 270.000 bis 300.000 Einsätzen pro Jahr erfolge der Großteil ohne Notarzt. Dies zeige, dass die Herausforderung nicht nur in der Sicherstellung von Notarztstützpunkten liege, sondern v.a. in der richtigen Steuerung von Patient*innen und der Optimierung der Rettungskette. Und hier setze der Gesundheitsplan an: bessere Patient*innenlenkung, klare Behandlungspfade, moderne Rettungsketten und neue Instrumente wie der Tele-Notarzt oder die RTW-C-Strukturen. (**Hinweis #zH: RTW=Rettungswagen; ein RTW-C: ein Großraum RTW, der mit einem/r Notfallsanitäter*in besetzt ist**) Das sei der Weg, der in NÖ eingeschlagen worden sei. Aber man sei noch nicht dort, wo man hinmüsse, es gebe klare Verbesserungspotentiale.

1. In der **Patient*innen-Steuerung**: Zu viele Menschen würden nicht auf dem richtigen Versorgungslevel landen. Dies belaste Notärzte und Standorte, Rettung und Spitäler.
2. Beim **Telenotarztssystem**: stärkere Nutzung könne helfen, Ressourcen gezielter einzusetzen und unnötige Notarzteinsätze zu reduzieren.
3. **Qualifikation und Kompetenz im Rettungsdienst**: hier hätten die Grünen einen Punkt in ihrem Antrag. Der Ausbau von RTW-C- und Notfallsanitätern sei von zentraler Bedeutung und müsse konsequent umgesetzt werden.
4. **Transportlogik und Sekundärtransporte**: die zunehmende Spezialisierung werde mehr Transporte

erfordern. Deshalb sei es notwendig, sich mit der Kapazitätsplanung dabei auch im Rettungsdienst zu beschäftigen.

Der Antrag enthalte einen wichtigen Punkt, dass die Versorgungssicherheit oberste Priorität habe. Allerdings greife er zu kurz, wenn er suggeriere, man könne Veränderungen vermeiden oder verzögern, wenn man der Bevölkerung vorgaukle, man habe etwas Positives erreicht, wenn man einen Standort, der nach objektiven Kriterien nicht benötigt werde, erhalte. Die Wahrheit sei, dass dieses System ohne strukturelle Anpassungen nicht funktionieren werde. Es brauche deshalb beides: einerseits Transparenz und Kommunikation auf der einen Seite und gleichzeitig den Mut zur Umsetzung, damit es Verbesserungen gebe.

Der Gesundheitsplan gebe den Rahmen vor. Jetzt gehe es um eine konsequente Umsetzung. Und *Abg. Kollermann* sagt abschließend, ihre Fraktion werde dem vorliegenden § 34er Antrag und auch dem negativen Ausschussantrag zum zweiten Antrag der Grünen zustimmen. Ihre Fraktion sei der Meinung, sowohl der Abänderungsantrag der SP, als auch der Antrag der Grünen, gegen die ihre Fraktion stimmen würde, sei bereits im § 34er-Antrag abgedeckt.

Abg. Silvia Moser/Grüne spricht zu Beginn ihrer Rede dem gesamten Personal, das im Rettungswesen tätig ist, ihren herzlichen Dank aus, ersucht, sich durch die politischen Debatten nicht verunsichern zu lassen und geht dann auf Probleme in diesem Bereich ein:

♻️ wenn junge Notfallsanitäter*innen, die tw. nur zweimal pro Monat im Einsatz sind und sich ohne begleitenden Notarzt nicht zutrauen, die volle Verantwortung zu übernehmen,

♻️ wenn Dienste im Rettungswesen nicht mehr besetzt werden können,

♻️ wenn Notärzte von einem Stützpunkt zum anderen fahren, um Dienste abzudecken und ♻️ wenn im Gesundheitsplan von „*unbekannten diplomierten Notfallsanitätern*“ die Rede ist, dann sei es höchst an der Zeit für Reformen in diesem Bereich.

Es sei normal, dass Reformen Verunsicherung und Widerstand mit sich bringen würden. Deshalb komme es besonders darauf an, wie diese Prozesse auf- und umgesetzt werden. In diesem Bereich sei beim Gesundheitsplan einiges schiefgegangen.

Die Grünen hätten vor mehr als einem Jahr nicht zugestimmt, da für sie damals schon einiges nicht nachvollziehbar gewesen sei, z.B. dass es bereits konkrete Daten für Schließungen gegeben habe, ohne dass es Daten für die notwendigen Alternativen gegeben hätte.

Und die Abgeordnete stellt die Fragen:

◆ wann die [Acute Community Nurses](#) ausgebaut würden,

◆ wann es ein flächendeckendes ausreichendes „[First Responder-System](#)“ geben werde,

◆ was diplomierte Notfallsanitäter*innen seien, wann sie kommen und das System unterstützen würden.

Die Grünen hätten sich bereits seit einem Jahr dafür eingesetzt, dass die Reformen in der Notfallversorgung erst dann umgesetzt würden, wenn der gleichwertige Ersatz und die vorgesehenen flankierenden Maßnahmen verfügbar seien.

Und dann kritisiert *Abg. Moser* die SPÖ, spricht von Chaos und Wankelmütigkeit. Die SP-Fraktion habe das Rettungswesen in ihrem Ressort, habe den Gesundheitsplan mitbeschlossen, die *Landesrät*innen Prischl und Hergovich* hätten alle Maßnahmen zur Notfallversorgung unterschrieben, darunter, elf Notarztstützpunkte 2027 zu schließen. Damals seien die Rahmenbedingungen auch schon bekannt gewesen. Sie frage sich, warum jetzt dieser Antrag, auch wenn ihn die Grünen tw. für gut befinden. Und sie stellt die Fragen, ob sich seit damals etwas verändert habe, ob es

Wissen gebe, das die Grünen nicht haben. Die Abgeordnete betont weiters, ihre Fraktion könne den SP-Antrag deshalb nicht unterstützen, weil darin im Punkt 1 die Zustimmung zum Gesundheitsplan enthalten sei. Niemand bestreite, dass auf den bestehenden Mangel an Notärzt*innen reagiert werden müsse. Es bestehe Einigkeit darüber, dass eine Reform des Rettungswesens dringend notwendig sei. Angesichts steigender Einsatzzahlen, komplexerer Krankheitsbilder, sowie medizinischen und technischen Fortschritts, häufiger „Frequent User“, sowie wachsender Belastung des Personals, stoße das System an seine Grenzen.

Notfallsanitäter*innen hätten die höchste nicht-ärztliche Qualifikation im Rettungsdienst. Die Ausbildung sei im europaweiten Vergleich recht kurz, würde durch die Rettungsorganisationen selbst erfolgen, sei wenig akademisiert und schlecht in die Laufbahnen des Gesundheitswesens zu integrieren. Das Sanitätärgesetz bilde diese Anforderungen nur unzureichend ab und gehöre reformiert. Es gebe keine systematische Möglichkeit, aufbauend auf einer Notfallsanitäterausbildung in andere tertiäre Gesundheitsberufe wie z.B. Pflege oder Public Health zu wechseln bzw. einen vollwertigen Bachelor-Abschluss zu erwerben. Das sei in Nachbarländern Österreichs, wie Österreich, Tschechien, Schweiz anders. Dort sei die Notfallsanitäter*innen-Ausbildung als dreijährige Berufsausbildung etabliert. Die Ausbildung sei somit drei- bis viermal länger, intensiver und fundierter als bei uns und führe zu einem anerkannten Berufsabschluss.

Es stelle sich jetzt die heikle Frage, welche Teile der Ausbildung innerhalb der jeweiligen Rettungsorganisationen und welche bewusst an eine unabhängige Bildungsinstitution delegiert werden sollten.

Abg. Moser meint, es würde beides gebraucht. Aber diese Reform sei dringend notwendig. Wenn mit dem Gesundheitsplan die Umstellung auf ein stärker Sanitäter*innen-

orientiertes Gesundheitssystem erfolgen soll, müsse zuerst die Ausbildung reformiert werden.

Mit einem Anflug von Sarkasmus geht *Abg. Karin Scheele/SP* gleich anfangs auf die „Schönheit der Geschäftsordnung“ und den in der Landesgeschäftsordnung verankerten und im NÖ Landtag häufig verwendeten § 34-er Antrag ein, mit dem Anträge anderer Fraktionen im NÖ Landtag durch die beiden Regierungsparteien VP und FP häufig „ausgehobelt oder verwässert“ würden, wie die Abgeordnete meint. Ebenso anerkennt sie die „Röntgenaugen“, mit welchen ihre Vorrednerin *Abg. Kollermann* im § 34-er-Antrag „zwischen den Zeilen lesen könne“ und zum Schluss komme, der SP-Antrag sei überflüssig.

Abg. Scheele erläutert dann nochmals die zwei Punkte, auf die sich ihr Antrag v.a. bezieht:

✓ das Leitprinzip 2 des Gesundheitspakts 2040+, die Sorge für eine durchgängige Rettungskette und

✓ das Leitprinzip 4 des Gesundheitspakts 2040+, nämlich dass akute Erkrankungen und Unfälle zeitnah und jederzeit versorgt würden. *Abg. Scheele* wiederholt, dass die SP ihre Zustimmung zum Gesundheitspakt nur unter der Prämisse gegeben habe, dass nichts gesperrt werde, bevor nicht Ebenbürtiges und Besseres zur Verfügung stehe.

Die Abgeordnete berichtet dann darüber, dass sie und ihre Fraktion mit den Menschen und Expert*innen vor Ort gesprochen hätten. Und die Information, die sie aus den Kliniken in NÖ bekommen habe, sei beunruhigend. Die Erst- und Akutversorgung, wie sie der Gesundheitspakt 2040+ vorsieht, könne nicht jederzeit und überall gewährleistet werden. Deshalb bringen *Abg. Scheele und Kolleg*innen* einen Abänderungsantrag zum § 34-er-Antrag der *Abgeordneten Dinobl* und *Punz* ein ([Video ab Minute 2:40](#)) und liest die schon [im ursprünglichen SP-Antrag angeführten ersten drei Punkte](#) mit Forderungen an Landtag und Landesregierung bezüglich Gesundheitsplan NÖ vor.

Zum Antrag der Grünen meint *Abg. Scheele*, sie würde diesen unterstützen, denn ihre Fraktion sei selbstverständlich für eine ständige Weiterentwicklung der Ausbildung im Bereich der Notfallsanitäter*innen. Sie seien auch nicht gegen eine Akademisierung, aber dies in Absprache mit den Expert*innen der Rettungsorganisationen.

Abg. Richard Punz/FP meint, wenn man wieder über den Gesundheitsplan 2040+ spreche, dann sei dies, um für die Menschen in NÖ sicherzustellen, dass sie auch in Zukunft rasch, verlässlich und auf höchstem medizinischen Niveau versorgt würden. Der Gesundheitsplan sei das Ergebnis einer mehr als eineinhalbjährigen Zusammenarbeit von rund 50 Fachleuten aus dem Gesundheitswesen. Er wurde in der Landesregierung einstimmig beschlossen und fand auch im Landtag eine breite Mehrheit. Nichtstun sei keine Option. Man könne nicht mit den Strukturen von gestern die Probleme der Zukunft absichern. Man brauche eine moderne, gut abgestufte und aufeinander abgestimmte und gut koordinierte Gesundheitsversorgung. Dafür brauche es eine wohnortnahe Allgemeinmedizin, Primärversorgungseinheiten bis hin zu hochspezialisierten Kliniken. Dass Rettungsdienst und notärztliche Versorgung ein ganz sensibler Bereich sind, sei allen bewusst. Im Gesundheitsplan sei deshalb verankert, dass es eine schnelle und vollständige Rettungskette geben müsse, mit einem Nahtstellenmanagement, mit flächendeckender und rascher Behandlungskette und einem zentralen Notarztendienst.

Der Abgeordnete äußert dann Kritik an der Vorgangsweise der SP, die ebenfalls den Gesundheitsplan mitgetragen habe. Man habe gemeinsam den Weg für die Zukunft beschlossen und jetzt, wo es um konkrete Umsetzungsschritte gehe, würden manche versuchen, sich aus bestimmten Teilen politisch zu distanzieren. Wenn man, wie die SPÖ, taktische Gründe vorschleibe, um die Umstrukturierung von Notarztstützpunkten nicht mittragen zu müssen,

müsse man auch erklären, wie man all jene Stützpunkte auch in der Zukunft besetzen wolle, bei denen in naher Zukunft das Personal fehlen werde.

Die SPÖ würde mit widersprüchlichen Informationen an die Öffentlichkeit gehen. Es müsse eine klare Linie gefunden werden, denn die Fakten lägen auf dem Tisch. In den nächsten Jahrzehnten würden 30 % der Ärzt*innen in Pension gehen. Diese Entwicklung mache auch vor den Notärzt*innen nicht Halt. Diese Herausforderungen hätten die Fachleute veranlasst, Notarzt- und [RTW-C-Stützpunkte](#) neu und v.a. sicher aufzustellen. Wer kritisiere und Vorschläge habe, müsse diese auch auf den Tisch legen. Und in Richtung SP meint *Abg. Punz*, man müsse den Zickzack-Kurs aufgeben. Viele der kritisierten Punkte seien die ureigenste Verantwortung der SPÖ, lägen bei der eigenen Landesrätin, wofür der Landesparteiobmann die Verantwortung trage. Man müsse der Bevölkerung die Vorgänge bestmöglich erklären und auch Verständnis schaffen.

Abg. Punz geht dann auch auf den Antrag der Grünen ein und meint, es würde auf Grund der Pensionierungen nicht reichen, an Altem festzuhalten. Es würde auch niemandem helfen, wenn Notarztstützpunkte nur auf dem Papier beständen, aber keine Notärzt*innen vorhanden seien.

Es sei selbstverständlich, dass Maßnahmen evaluiert würden, dass Transportwege, Sekundärtransporte, Wartezeiten und die Entwicklung in unterschiedlichen Regionen natürlich beobachtet und darüber reflektiert werden müsse. Abschließend ersucht der Abgeordnete, den §34er-Antrag zu unterstützen.

Als letzter Redner geht auch **Abg. Franz Din-hobl/VP** auf den einstimmigen Beschluss des Gesundheitsplans 2040+ durch die Landesregierung und die große Zustimmung im Landtag vor mehr als einem Jahr ein. Seither habe sich viel getan: es wurde der Beschluss gefasst, das Gesundheitszentrum Gmünd neu aufzustellen, mit einer Tagesklinik und elektiven Operationen, was eine wesentliche Verbesserung der

Gesundheitsversorgung im Waldviertel bedeute. Es sei beschlossen worden, dass das Klinikum Weinviertel Süd in Stockerau einen neuen Standort erhalte. Dort werde ein Schwerpunktkrankenhaus errichtet, das wesentlich die Gesundheitsversorgung für das Weinviertel und weit darüber hinaus absichern werde. Man habe weiters mit dem Gesundheitsplan 2040+ beschlossen, wie das Rettungswesen zukünftig aufgestellt werde. Und der einstimmige Beschluss in der Landesregierung habe die zuständige LRⁱⁿ Prischl/SP beauftragt, diesen Plan umzusetzen. Und dieser Plan wurde auch vom zuständigen LR Hergovich/SP beauftragt, der diesem Plan zugestimmt hat. Deshalb verstehe der Abgeordnete nicht diesen Zick-Zack-Kurs, mit dem Ängste geschürt würden, der Plan könnte nicht so umgesetzt werden, wie er beschlossen wurde. Es sei sowohl einstimmig in der Landesregierung, als auch mehrheitlich im Landtag beschlossen worden, dass alle geplanten Maßnahmen erst dann umgesetzt werden, wenn die neuen Strukturen aufgebaut und intakt sind. Daran werde und müsse man sich halten, weil sich die Landesregierung als Exekutive an die Beschlüsse des Landtags halten müsse. Abg. Dinhobl halte nichts davon, Ängste zu schüren, die Beschlüsse würden nicht ordnungsgemäß umgesetzt. Und der Abgeordnete wendet sich an LRⁱⁿ Prischl und sagt, „Frau Landesrätin, es ist Ihre Aufgabe im Auftrag der Landesregierung und des Landtags diesen Gesundheitsplan mit umzusetzen, weil Sie Teil der Landesregierung sind und diese Gesundheitsagenden umsetzen müssen“.

Abg. Dinhobl verstehe auch nicht die unterschiedliche Haltung von Abg. Scheele und LR Hergovich, der beim sensiblen Thema Gesundheit diesen Zick-Zack-Kurs fahre und beteuert, es werde keine Streichung von Notarztstützpunkten geben, wenn nicht andere Strukturen am Laufen seien. Es sei kein Sparen im Gesundheits- und Rettungswesen. Es würden zukünftig auch weitere nachflugtaugliche Hubschrauber in Krems und Wiener Neustadt

eingesetzt werden, die die Qualität bei besonders sensiblen Einsätzen verbessern würden. Einsatzzeit und Wege in Spezialkliniken würden kürzer und damit die medizinische Versorgung besser.

Dass Finanzminister Marterbauer erst kürzlich den nö. Gesundheitsplan gelobt habe – die Planung, die Spezialisierung und Effizienzsteigerung – werde positiv zur Kenntnis genommen und auch überregional gelobt. Darauf könne man stolz sein.

Die Frage, ob es besser für die Steuerung von Patient*innen sei, sie in den intra- oder extramuralen Bereich zu leiten, stelle sich nicht nur in NÖ und auch das Gesundheitswesen und die Finanzierung aus einer Hand werde österreichweit immer wieder diskutiert. Patient*innensteuerung und Telemedizin seien künftig große Herausforderungen. All das müsse im Gesundheitsplan implementiert werden. Allerdings seien Evaluierungen und Nachschärfungen notwendig, um Verbesserungen zu ermöglichen.

Hinweis von #zusammenhaltNÖ: vor der Abstimmung der TO-Punkte 3 und 4 werden die Anträge und Antragsteller*innen von Präsident Wilfing korrekt angegeben. In der NÖ Landeskorrespondenz Landtag aktuell vom 28. Mai 2026 (S.6) werden Anträge und Abstimmungsverhalten der einzelnen Fraktionen jedoch irreführend dargestellt. Daher eine Klarstellung durch #zHNÖ:

1 der §34er-Antrag betreffend konsequente Umsetzung des Gesundheitsplans 2040+ zur Aufrechterhaltung der notärztlichen Versorgung wurde nicht von Abg. Pfister/SP eingebracht, wie fälschlicherweise angegeben (er war nur Berichterstatter!), sondern von Abg. Dinhobl/VP und Abg. Punz/FP. Dieser §34er-Antrag hatte den ursprünglichen Antrag von Abg. Scheele u.a./SP „miterledigt“ - wie laut § 34 (1) der NÖ Geschäftsordnung möglich und auch im Ausschussantrag festgehalten - und wurde mit den Stimmen von VP, FP und Neos angenommen..

2 Der Abänderungsantrag zum § 34er-Antrag von Abg. Scheele/SP u.a. (siehe Video ab Minute 2:22) wurde nur von der SP akzeptiert, jedoch mit den Stimmen von VP, FP, Grünen und Neos abgelehnt.

3 Der Antrag von Abg. Moser/Grüne u.a. wurde

durch den ablehnenden Antrag des Gesundheitsausschusses aushebelt. Es war somit der **ablehnende Ausschussantrag**, der mit den Stimmen von VP, FP und Neos angenommen wurde und **nicht der ursprüngliche Antrag der Grünen**, wie die NÖ Landeskorrespondenz fälschlicherweise andeutet. **Abg. Hörlezedler/Grüne** musste aber als Berichterstatter den gegen die Absichten seiner Fraktion laufenden Ausschussantrag präsentieren.

📺 **HIER ZUM VERGLEICH: Video der Abstimmung von TO-Punkten 3 und 4:** <https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-05-28/top-24e364bd50/abstimmung> und **Text der Landeskorrespondenz**, S. 6: <https://noe-landtag.gv.at/fileadmin/sitzungen/20.GP/2026-05-28/LAND-TAG20260528.pdf>

Zusatzinformation

[Landtag: Notarztdebatte und kein Ende - noe.ORF.at](#), 28.05.2026
[SPÖ NÖ in der "Notarzt-muss-bleiben-Fraktion" - oe24.at](#), 26.05.2026
[Notarztstützpunkte in NÖ: Elf Standorte vor Schließung - NÖ Aktuell](#), 20.05.2026
[Sanitäter:innen: Neue Schlüsselfunktion im Gesundheitswesen - BVRD](#), 27.01.2026
[Notarztstandorte in NÖ: Stille Demo gegen Notarzt-Schließungen - St. Pölten](#), 26.09.2025
[Widerstand gegen geplante Schließungen von Notarztstützpunkten in Niederösterreich - Sozialpolitik - derStandard.at › Inland](#), 21.08.2025
[Künftig 21 NEF-Stützpunkte in NÖ: Weichenstellungen für Zukunftsausrichtung der Rettungslandschaft getroffen - Land Niederösterreich](#), 20.08.2025
[Frequent User im Rettungsdienst: Zwischen Frustration und Verantwortung](#), 11.08.2025
[Rotes Kreuz fordert Erhalt der Notarztstützpunkte - noe.ORF.at](#), 30.07.2025

TO-Punkt 5: Antrag betreffend Prüfung der Gebarung der ecoplus Alpin GmbH, ihrer Tochter- und Enkelgesellschaften sowie deren mit der touristischen Standortentwicklung niederösterreichischer Bergerlebniszentren verbundenen Maßnahmen

Links zum [Antrag von VP und FP NÖ](#) und zum [Antrag des Rechnungshofausschusses](#)

Für das Skigebiet Lackenhof (Ötscherlifte) will **Abg. Indra Collini/Neos** ein enormes Potenzial in der Region erkennen, das noch gehoben

werden müsse. Jedoch vermisste sie trotz Millionenfinanzierung seit 2021 ein tragbares Zukunftskonzept und eine fehlende Strategie seit der Übernahme durch das Land. Aufgrund fehlender Nutzungsbedingungen der Grundeigentümer (v.a. Prinzhorn-Gruppe/ Stift Melk/Stift Lilienfeld) für einen Sommertourismus, könne ein Ganzjahreskonzept nicht umgesetzt werden. Für die Abgeordnete seien weder die Task-Force-Gründung 2021, noch die Investorensuche erfolgreich gewesen. Zusätzlich würde der „Beteiligungsdschungel“ den Landtag daran hindern, seiner Kontrollfunktion ohne möglichen Einblick in einzelne GmbHs, nachzukommen.

Während **Abg. Collini** die Idee der im Antrag geforderten Prüfung durch den Landesrechnungshof begrüßt, widerspricht **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** heftig und versucht, die Geldströme für eine touristische Neupositionierung des Gebietes Lackenhof-Ötscher aufzuzeigen. Für sie hätten damals alle Parteien mit Hinweis auf die ländliche Entwicklung, regionale Wertschöpfung und Arbeitsplätze insgesamt 11,5 Mio. € aus der Tourismusabteilung und aus der Regionalförderung genehmigt. **Abg. Krismer-Huber** beklagt, trotz Informationsfreiheitsgesetzes unter Hinweis auf Wettbewerbsfähigkeit und eventuelle Investitionsentscheidungen, von der Geschäftsführung nicht die geforderten Informationen bekommen zu haben. Primär sehe sie die Prüfung der Bücher eher als Aufgabe des Aufsichtsrates. Die Grünen seien daher gegen den Antrag. Würden nämlich die Regierungsparteien VP, FP und SP ihrer Verantwortung als Aufsichtsräte gerecht, bräuchte man jetzt diesen Prüfungsantrag nicht zu stellen.

Obwohl **Abg. Franz Schnabl/SP** in einer Gebarungsprüfung keine originäre Aufgabe des Landesrechnungshofes sieht, stimmt die SP-Fraktion dem Prüfungsantrag zu. Aus der Formulierung des Antrags will der Abgeordnete erkennen, dass hier von Fehlern der Vergangenheit abgelenkt werden solle und man mit der kleintönen Bitte um Empfehlungen des Landesrechnungshofes Verantwortung abwälzen wolle.

Im Gegensatz zu Lackenhof, wo die kritische Situation deutlich spürbar sei, funktioniere nach Aussage von **Abg. Helmut Fiedler/FP** der Ganzjahrestourismus am Wechsel in St.

Corona. Angesichts der Steuergeld- Millionen betrachte die FP-Fraktion diese Gebarungsprüfung daher als notwendig und richtig. Politik müsse sich auch Problemen stellen und so habe die FP schon 2021 vor den massiven Folgen einer Schließung der Ötscherlifte gewarnt.

Für eine seriöse Standortbestimmung im Hinblick auf Klimawandel und knapper Budgetmittel, sei nach Meinung von **Abg. Kurt Hackl/VP** eine umfassende Expertise unbedingt notwendig. Er könne daher die Ablehnung der Grünen nicht verstehen, wirft ihnen vor, sie hätten kein Vertrauen in den Landesrechnungshof und holt zu einem heftigen Rundumschlag gegen die Grünen, vor allem gegen *KO Krismmer-Huber* aus. Für *Abg. Hackl* stehen „die Grünen statt für Anpacken und Umsetzen für parteipolitisch motivierten Vertrauensverlust (...) und dafür wird ein politischer Konfrontationskurs auf Kosten der Menschen und der Region ohne Rücksicht auf Verluste gemacht“. Er werde alles dafür tun, dass auch Lackenhof eine Perle werde, wie es andere Skigebiete in Niederösterreich seiner Meinung nach schon sind. Als klares Ziel definiert *KO Hackl*, die Alpenregion nicht zu verwalten, sondern weiterentwickeln zu wollen: „Wir wollen Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Lebensqualität auch in der alpinen Region sichern“.

Für den Aufbau eines erfolgreichen Sommertourismus habe aber auch die Region eine gewisse Bringschuld und er ergänzt, dass man mit der Erstellung des neuen Mobilitätskonzepts (Anruf-Sammeltaxi -System) für Lackenhof den ersten Schritt in Richtung Zukunft getan habe. *KO Hackl* schließt sein Plädoyer für den Antrag mit dem Hinweis, „Auf uns können sich die Menschen in NÖ verlassen!“

Zusatzinformation

[PressReader.com | Die Lifte in Lackenhof drehen sich weiter](#), KURIER, 21.05.2026

[Land sichert Fortbestand - Die Lifte in Lackenhof drehen sich weiter – vorerst bis Ende 2028 - NÖN.at](#), [Land sichert Fortbestand - Die Lifte in Lackenhof drehen sich weiter – vorerst bis Ende 2028 - NÖN.at](#), 20.05.2026

[Rechnungshof soll Skigebiet Lackenhof prüfen - noe.ORF.at](#), 20.05.2026

[Grüne ziehen wegen Lackenhof vor Gericht - noe.ORF.at](#), 28.11.2025

Die nächsten drei Tagesordnungspunkte werden auf Antrag von *Präsident Waldhäusl* und ohne Gegenstimme aus dem Landtag **auf Grund ihres sachlichen Zusammenhangs** bei getrennter Berichterstattung und Abstimmung **gemeinsam behandelt**. (Anm. von #zHNÖ: Der einzige „sachliche Zusammenhang“ scheint zu sein, dass es sich bei allen drei TO-Punkten um Nachkontroll-Berichte des Landesrechnungshofs handelt).

<https://noe-landtag.gv.at/sitzungen/XX/2026-05-28/top-9df274809e>

Berichterstatter bei allen drei TO-Punkten **Abg. Christian Brenner/FP**.

TO-Punkt 6: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend NÖ Landes-Feuerwehrscheule, (Nachkontrolle (Bericht 2/2026)

Link zu [Landesrechnungshofbericht 2/2026](#)

Der Berichterstatter **Abg. Christian Brenner/FP** fasst die wichtigsten Ergebnisse aus der Zusammenfassung der Nachkontrolle zum Bericht 9/2017 „NÖ Landes-Feuerwehrscheule“ (Vorbericht) kurz zusammen. Er erwähnt, dass der LRH die Umsetzung von insgesamt 18 Empfehlungen aus dem Vorbericht 2017 überprüfte. Davon seien 11 Empfehlungen ganz oder großteils, 4 teilweise und 3 nicht umgesetzt worden seien. Insgesamt entspreche dies einem Umsetzungsgrad von 76,5 %. Positiv hervorgehoben wurde die Weiterentwicklung der rechtlichen Grundlagen, die Modernisierung des Ausbildungswesens, die Einführung von eLearning-Modulen, Verbesserungen bei Erfolgskontrollen, sowie neue Regelungen bei Dienstbekleidungen und Fuhrpark.

Verbesserungsbedarf sei beim Kommunikationskonzept, bei Evaluierung des praktischen Nutzens der Lerninhalte, bei der elektronischen Verwaltung sowie bei schriftlichen Vertragsgrundlagen im Beschaffungswesen. Abschließend geht der Abgeordnete noch auf einige Zahlen und Fakten ein, die in der Zusammenfassung des Berichts ersichtlich sind (siehe [LRH-Bericht Seiten I-III](#))

TO-Punkt 7: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Grundversorgung in Niederösterreich, Nachkontrolle (Bericht 3/2026)

Link zu [Landesrechnungshofbericht 3/2026](#)

Abg. Christian Brenner/FP berichtet weiters über die Ergebnisse der Nachkontrolle zum Bericht 11/2020 „Grundversorgung in NÖ“ (Vorbericht). Von den sechs Empfehlungen seien fünf vollständig und eine teilweise umgesetzt. Dies entspreche einem Umsetzungsgrad von 91,7 %. Positiv seien Verbesserungen bei der Organisation der Grundversorgung hervorgehoben worden, weiters bei den Kontrollmechanismen, bei den Organisationshandbüchern, sowie bei der Betreuung unbegleiteter minderjähriger Fremder. Ebenso sei die strategische Vorbereitung auf künftige Flüchtlingskrisen weiterentwickelt worden. Der LRH habe jedoch festgehalten, dass die Grundversorgung weiter eine große finanzielle und organisatorische Herausforderung darstelle. Der Abgeordnete schließt noch einige Fakten und Zahlen aus der Zusammenfassung des [Berichts](#) an (siehe Seiten I-III).

TO-Punkt 8: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Integrationsangelegenheiten

Link zum [Landesrechnungshofbericht 4/2026](#)

Auch bei dieser Nachkontrolle des Landesrechnungshofs zum Vorbericht 8/2021 „Integrationsangelegenheiten“ sei das Ergebnis laut Berichterstatter **Abg. Christian Brenner/FP** beeindruckend. Er erwähnt, dass bei der Überprüfung von 11 Empfehlungen 10 ganz oder größtenteils und eine Empfehlung teilweise umgesetzt wurden. Dies entspreche einem Umsetzungsgrad von insgesamt rund 95,5 %. Positiv hervorgehoben wurden insbesondere organisatorische Verbesserungen bei der Abwicklung von Integrationshilfen, neue Richtlinien für Förderungen, sowie Verbesserungen bei den Kontroll- und Dokumentationssystemen.

Auch hier nannte der Abgeordnete noch einige Details aus der Zusammenfassung des [Berichts](#) (siehe Seiten I-III).

Die erste Rednerin, **Abg. Edith Kollermann/Neos**, spricht zum TO-Punkt 7/Nachkontrolle Grundversorgung. Der Bericht zeige, dass in der Verwaltung vieles besser geworden sei, politisch jedoch Entscheidendes liegen bleibe. Die Mandatarin geht dann zuerst auf die positiven Aspekte ein und erwähnt Fakten, die auch schon der Berichterstatter thematisiert hatte. Dies sei ein Schritt in Richtung Professionalisierung. Die individuelle Unterbringung sei gefördert worden und auf 57 % gestiegen, was positiv sei, denn diese Unterbringungsform sei auch finanziell günstiger. Die Abgeordnete geht dann auf die Herausforderungen organisatorischer und finanzieller Natur ein.

Während die Fallzahlen auf Grund des Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine massiv gestiegen sind – Ende 2024 gab es in NÖ über 9.000 Personen in der Grundversorgung – werde ein zentraler Bereich seit Jahren vertagt, nämlich die Neuausschreibung der Informationsberatung und sozialen Betreuung. Der LRH habe festgehalten, dass die letzte Ausschreibung aus dem Jahr 2004 (!) stamme und eine Neuausschreibung sei bislang nur teilweise umgesetzt worden. Sie sei erst 2025 vorbereitet worden und solle laut Landesregierung 2026 erfolgen. Das sei das Problem: man verwalte Krisen, aber man modernisiere zu langsam die Strukturen, um mit diesen Krisen gut umgehen zu können.

Abg. Kollermann betont, ihre Fraktion unterstütze daher die Forderungen des LRHs, diese Neuausschreibung 2026 mit klarer Timeline und klaren Qualitätskriterien verbindlich umzusetzen, damit ein zeitgemäßes Preis-Leistungs-Verhältnis abgesichert sei. Sie fordert weiters Transparenz über Kosten und Steuerung zu erhöhen und angesichts des gewaltigen Abgangs von 61 Mio. € im Jahr 2024 ein laufendes, nachvollziehbares Controlling. Es sei auch angesprochen worden, dass die Bund-

Länder-Strategie offensichtlich fehle und die Abgeordnete meint, eine Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sei unbedingt notwendig, wenn gemeinsam verantwortete Aufgaben funktionieren sollen. Der Bericht zeige, dass Verwaltung liefern könne, aber er zeige auch, ohne Mut zur strukturellen Modernisierung bleibe man im Reaktionsmodus, was man sich bei der Grundversorgung weder menschlich noch finanziell leisten dürfe. Ihre Fraktion werde den Bericht zur Kenntnis nehmen.

Abg. Kathrin Schindele/SP geht zwar kaum auf den Bericht des Landesrechnungshofs ein, außer dass sie meint, die offenen Punkte der Empfehlungen würden noch umgesetzt werden. Aber sie singt ein Loblied auf die NÖ Feuerwehren, die international höchste Qualität liefern würden, outet sich als eine „Freundin der freiwilligen Feuerwehr“ und dankt überschwänglich allen bei den Freiwilligen Feuerwehr Tätigen.

Auch **Abg. Alexander Schnabel/FP** geht auf die positiven Entwicklungen bei der Freiwilligen Feuerwehr in NÖ ein, schwenkt dann aber rasch in Selbstlob für seine Partei über. Diese Entwicklung zeige, wie wichtig verantwortungsvolle Regierungsarbeit in NÖ sei und meint: „Dort wo wir Freiheitliche auch Mitverantwortung tragen, stehen Hausverstand, Effizienz und Unterstützung unserer Einsatzorganisationen im Mittelpunkt“. Die Wehren seien „ein unverzichtbarer Teil unserer Heimat“, die „bei Bränden, Hochwasser, Unfällen und Katastrophal-Ereignissen professionelle Hilfe leisten“ würden.

Der Rechnungshof zeige, dass weiterer Handlungsbedarf bestehe. Es fehle z.B. nach wie vor ein umfassendes Personalentwicklungskonzept. Wer Verantwortung trage, müsse auch für klare Strukturen und effiziente Abläufe sorgen. Und **Abg. Schnabel** schließt mit den Worten: „Unsere Feuerwehren stehen für Zusammenhalt, Sicherheit, Einsatzbereitschaft und Verantwortung gegenüber unserer Gemeinschaft in unserem Bundesland NÖ. Unsere Wehren verdienen nicht nur unseren Dank,

sondern auch eine Politik, die ihre Arbeit ernst nimmt und auch nachhaltig unterstützt. (Und wieder Partei-Selbstlob/Anm.#zHNÖ) Und gerade unsere freiheitliche Regierungsbeteiligung in NÖ trägt dazu bei, dass Sicherheit, Heimatverbundenheit und die Unterstützung des Ehrenamts weiterhin einen hohen Stellenwert haben“. Und der Abgeordnete dankt allen Helfer*innen in den Wehren.



GEHÖRT GEHÖRT:

Abg. Indra Collini/Neos spricht zum Integrationsbericht des LRHs und findet seinen Inhalt sehr traurig. Er zeige, dass es keine gute Idee von **LHF Mikl-Leitner** gewesen sei, die Integrationsagenden der FPÖ anzuvertrauen. Sie habe den Bock zum Gärtner gemacht. Sie habe der FPÖ das Zündholz in die Hand gegeben und die FPÖ beherrsche das Spiel mit dem Feuer. Sie befeuere die Herausforderungen, die es im Integrationsbereich ohne Frage gebe, indem sie nichts tue. Sie sei zwar für die Integrationsarbeit im Land zuständig – zuerst Herr Waldhäusl, dann Herr Luisser, jetzt Herr Antauer – aber sie machen einfach nichts. Es sei weniger Arbeit und außerdem sei es der Blasebalg, damit das Feuer besser lodert. Und besonders zynisch werde das Ganze, wenn sie sich dabei noch auf die Schultern klopfen und erzählen, dass man so sparsam sei. Obwohl in den vergangenen Jahren der Bedarf an Integrationsmaßnahmen groß gewesen sei, wurden die budgetierten Mittel für Integration chronisch nicht ausgeschöpft, obwohl die Anzahl der zu versorgenden Personen drastisch anstieg. (Anm. #zHNÖ: 2020 => 36,1 %, 2024 => 57,8 % ausgeschöpft; siehe Bericht, Zusammenfassung S. I). Für 2025 und 2026 seien die Budgets gleich zusammengekürzt worden. Das Kalkül sei sehr durchschaubar, auch „sehr fahrlässig und eigentlich sehr widerlich“.

Der Rechnungshof bestätige schwarz auf weiß, dass die Verantwortlichen ihre Aufgaben nicht erfüllen. Das NÖ Integrationsleitbild stamme aus dem Jahr 2008, der Integrationsleitfaden aus dem Jahr 2012 und trotz Aufforderung des

Landesrechnungshofs hätten sie nichts getan. Der nö. Integrationsbeirat, ein wichtiges beratendes Gremium aus Verwaltung, NGOs, Kammern und Gemeinden sei einfach „eingeschläfert“ worden. Er habe seit 2023 nicht mehr gesagt. Die jährlichen Integrationsberichte würden zwar erstellt, aber würden einfach nicht veröffentlicht, obwohl das eigentlich verpflichtend sei, denn es gebe so etwas wie „Informationsfreiheit“ in Österreich. Und der Rechnungshof habe auch schon darauf hingewiesen.

Es gebe auch noch eine „Koordinationsstelle für Integration“. Die werde einfach ausgehungert. Fünf Personen können dort arbeiten und diese seien für die Integration von 287.000 Menschen mit Migrationshintergrund und die Koordinierung der Integrationsarbeit zuständig. Und in Richtung FP sagt *Abg. Collini*, das Schlimmste sei, dass dies von ihnen als erfolgreiche Politik verkauft werde. Es sei klar, Integration sei kein Selbstzweck. Es sei die Voraussetzung dafür, dass Sprache erlernt werden kann, dass die Vermittlung von Sitten und Gebräuchen – Stichwort „Wertekurse“ – erfolge, dass Menschen zügig in den Arbeitsmarkt integriert würden und dann Steuern zahlen und einen Beitrag leisten können. Natürlich werde das für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Sicherheit gebraucht. Und in Richtung FPÖ meint die Abgeordnete: *„Indem Sie nichts tun, schaden Sie dabei nicht nur ausschließlich den Menschen, die sich integrieren wollen. Sie schaden auch v.a. der Aufnahmegesellschaft, also Ihren Landsleuten, so wie Sie’s immer nennen. Und das aus einem Kalkül: Sie wollen die Probleme hochhalten, damit man die eigene Daseinsberechtigung als Partei nicht verliert. Ganz ehrlich – das ist schäbig“.*

Und *Abg. Collini* meint, es sei für sie klar, dass die Menschen, die nach Österreich kommen oder bereits hier sind, Deutsch lernen, dass sie sich an unsere Regeln halten, dass sie unsere Werte respektieren. Und für sie sei auch klar, dass die beste Integrationsmaßnahme der

rasche Zugang zum Arbeitsmarkt sei. Dies könne eine Chance sein für die Menschen, die Anrecht auf Schutz haben und zu uns kommen, aber auch für alle von uns, denn es werden ganz dringend Arbeitskräfte gebraucht, wenn der Wohlstand hier gehalten werden soll. Und die Abgeordnete meint, dass dies alles nicht einfach sei, es sei harte Arbeit, aber v.a. der zuständige Landesrat müsse sich darum kümmern, der jedoch das Gegenteil mache und seine Verantwortung nicht wahrnehme.

Abg. Collini schließt mit der Feststellung, die Landeshauptfrau und die ÖVP müsse nach diesem Rechnungshofbericht der FPÖ eigentlich die Integrationsagenden entziehen und Schadensbegrenzung machen.



GEHÖRT GEHÖRT:

Nach Dank für den engagierten Einsatz von hunderten Kräften bei zwei Großbränden in NÖ geht **Abg. Doris Hahn/SP** auf die Punkte Grundversorgung und Integration ein. Auch sie dankt dem Rechnungshof und seiner *Direktorin Frau Dr. Goldeband* für die präzise Arbeit, sowie der gesamten Beamtenschaft für die professionelle Umsetzung der Rechnungshofempfehlungen.

Die Abgeordnete erwähnt dann mit lobenden Worten den hohen Umsetzungsgrad der Empfehlungen bei beiden Themenbereichen, aber auch die Auswirkungen des Ukrainekriegs. Diese würden sich im hohen Anteil von fast 84 % von aus der Ukraine Geflüchteten an der Gesamtzahl der in der nö. Grundversorgung befindlichen Menschen im Jahr 2024 widerspiegeln.

Abg. Hahn meint dann, sie sei sich in einer Sache mit *Abg. Collini* einig, nämlich dass es an der politischen Führung dieses Ressorts hake. Der Rechnungshofbericht lege eine eindeutige Diskrepanz zwischen der freiheitlichen Rhetorik und der freiheitlichen Realpolitik offen. Zwischen 2020 und 2024 seien die veranschlagten Budgetmittel für Integrationshilfen – also für Sprachkurse, Bildungsförderung,

Arbeitsmarktberatung etc. – 2020 nur zu mageren 36,1 %, im Jahr 2024 nur zu 57,8 % abgeholt worden. Das bedeute im Klartext, unter Verantwortung der FPÖ seien nur ein Drittel der budgetierten Mittel für die Integration tatsächlich auch verwendet worden. Die FPÖ versuche, dies als große Leistung der Sparsamkeit zu verkaufen, allerdings habe das alles nichts mit Sparsamkeit zu tun. Es stelle sich die Frage, ob das Angebot überhaupt stimme und was in der Praxis gebraucht werde. Oder seien die Hürden bewusst so hochgelegt worden, dass das Geld gar nicht abgerufen werden konnte? Aus Sicht der Abgeordneten ein durchschaubares Spiel, denn wer das Geld für Integration zurückhalte, schaffe damit künstlich jene Probleme, über die er sich am nächsten Tag über Social Media beschweren könne. Dies sei politisches Kalkül auf dem Rücken von Schulen, Gemeinden oder des Arbeitsmarktes. Und die Abgeordnete nennt ebenfalls das Stichwort „Fachkräftemangel“ und erwähnt das Programm der Ausbildung speziell für Ukrainer*innen zur Heimhilfe. Das zeige nicht nur irrsinnige Kurzsichtigkeit, sondern sei FPÖ in Reinkultur.

Der Rechnungshof führe weiters völlig zu Recht an, dass das nö. Integrationsleitbild unverändert aus dem Jahr 2008 stamme. Das heiße, seit fast zwei Jahrzehnten habe sich zwar die Welt verändert, aber die FPÖ-Führung arbeite mit Konzepten von gestern. Das Land müsse die verbleibenden Empfehlungen, allen voran ein zeitgemäßes, wissenschaftlich fundiertes Integrationsleitbild zügig umsetzen, das v.a. in die Zukunft blicke und denke. Der von LR Antauer/FP kürzlich präsentierte „Integrationskodex“ sei aus Sicht von Abg. Hahn einseitig und kurzsichtig geblieben und in Wahrheit eine Verschriftlichung einer von ihr soeben dargestellten Fingerzeig-Politik – zu wenig und nicht an die Realität angepasst.

Wie zu erwarten rückt **Abg. Andreas Bors/FP** nicht nur zu einer Verteidigungsrede für LR Antauer/FP aus, sondern attackiert verbal auch

gleich seine Landtagskollegin *Indra Colini/Neos* für ihre Kritik am FP-Landesrat und seinen „Einsparungen“ und wirft ihr bezüglich ihrer Sicht der Dinge Realitätsverweigerung vor. Und wie bei den Blauen üblich, wird rasch abgelenkt und gleich auf die Bundespolitik hingebast, in diesem Fall auf *Außenministerin Beate Meinel-Reisinger/Neos*. Ihr und ihrer Partei wirft er „verschwenderische Ausgaben“ vor, um damit die „Sparpolitik“ von LR Antauer zu rechtfertigen.

Anmerkung und Frage von #zusammenhaltNÖ: die Information von Abg. Bors beruht offenbar auf einer Beantwortung einer der zahlreichen parlamentarischen Anfragen, mit der die FPÖ die Arbeit von Nationalratsabgeordneten und ihre Büros belastet und hat mit NÖ, dem nö. Landtag oder den Berichten des Landesrechnungshofes absolut nichts zu tun. Insgesamt stammten laut PRESSE vom 22.02.2026 in dieser Legislaturperiode von insgesamt 4.923 schriftlichen Anfragen 4.011 bzw. 81 % von der FPÖ. Hat sich diese Partei eigentlich schon einmal gefragt, welche enormen Kosten durch die Beantwortung entstehen? Ist das keine Steuergeldverschwendung, gegen die die FPÖ ja so gerne wettet? Parlamentarische Kontrolle auch durch Anfragen ist völlig legitim und war immer schon notwendig. Aber hier fragt man sich als Zivilgesellschaft und Steuerzahler*innen, ob das Ziel dieser Flut von Anfragen tatsächliche Kontrolle ist oder ob es sich nicht schon um brutale Schikane oder sogar Sabotage (@FALTER, 26.08.2025) und massive Steuergeldverschwendung handelt. Laut Minister Karner/ÖVP nehme eine parlamentarische Anfrage im Durchschnitt 30 Arbeitsstunden in Anspruch und verursache Kosten von ca. 3.000 €. (siehe OE24, 20.09.2025). Das wären - umgelegt auf die 4.011 FP-Anfragen - allein bis Ende Februar 2026 **12.033.000 €**. Es wäre daher dringend angesagt, in den betroffenen Ministerien eine Auflistung der dadurch aufgelaufenen Mehrkosten (z.B. zusätzliche Arbeitskräfte, Überstunden etc.) zu erstellen und ebenfalls öffentlichkeitswirksam zu publizieren. Die Steuerzahler*innen **müssen**

erfahren, wie die FPÖ Steuergeld mutwillig verschwendet, dann aber den Spieß umzudrehen versucht.

Abg. Bors geht dann auf die zwei Berichte des Landesrechnungshofs zur Grundversorgung und zu Integrationsangelegenheiten näher ein, die seiner Meinung nach beweisen würden, dass LR Antauer „geliefert habe“. Er lobt den hohen Umsetzungsgrad der Empfehlungen in beiden Bereichen, ergeht sich ebenfalls in Eigenlob für seine Partei und hängt noch einige wehleidige Floskeln an bezügl. der „*Unterstellungen und ideologischen Empörungen aus diesen Eck*“ [sic!] und blickt in Richtung Neos (siehe [Video 2:20](#)). Auch Bors zählt dann eine Reihe von bereits erfolgten Verbesserungen auf, die im Bericht genannt werden. Diese seien Beweise für verantwortungsvolle Politik. Der Abgeordnete thematisiert dann einige Zahlen und Fakten, z.B. die stark ansteigenden Zahlen von Menschen in der Grundversorgung (2019: 3.600 Personen, Ende 2024: über 9.200 Personen), die zu großen Problemen und finanziellen Belastungen führten. Angesichts des Abgangs von über 60 Mio. € stellt er die politische Frage, ob es die Aufgabe eines Bundeslandes sei, immer größere Strukturen für immer mehr „Zuwanderung“ aufzubauen, was noch mehr Kosten und noch mehr Verwaltung verursache. Seine Fraktion sage dazu ein klares Nein.

In gewohnter Manier attackiert Abg. Bors weiters die Asylpolitik und in diesem Zusammenhang auch die österreichische Bundesregierung. Er kritisiert die „offenen Grenzen“ und verlangt, dass die „*illegale Migration wirksam gestoppt*“ werde.

Klarstellung durch #zusammenhaltNÖ: Abg. Bors verschweigt allerdings, dass der Großteil der derzeit in NÖ in der Grundversorgung Betreuten keine „illegalen Migrant*innen“ (siehe Vertriebenenverordnung) sind. Laut LRH-Bericht „Grundversorgung in NÖ“ (S.3) waren 2024 von den 9.219 Personen in der nÖ. Grundversorgung Betreuten 7.724 Vertriebene aus der Ukraine.

Anschließend geht der Abgeordnete auf den [Integrationsbericht des LRHs](#) ein. Den geringen Ausschöpfungsgrad des veranschlagten Budgets, den der Rechnungshof eher kritisch kommentiert hatte, begründet er wieder mit dem Unterschied zwischen einem freiheitlichen Regierungsmitglied und anderen, z.B. den Neos, wo „*das Geld eben hinausgeschmissen*“ werde und „*Regierungsbanken*“ [sic] vergrößert würden. In NÖ werde „*das Geld eben nicht blind verteilt*“, wie es im Außenministerium der Fall sei. Von den dutzenden geprüften Integrationsprojekten hätten eben einige keine Förderungen mehr erhalten und das sei gut so. Wenn Anträge fehlen oder zurückgezogen würden oder die Projekte nicht förderfähig seien, gebe es auch kein Geld und genauso müsse es sein. Wer öffentliche Gelder wolle, habe eben „*die Voraussetzungen zum Erfüllen*“ [sic]. Steuergeld sei kein Selbstbedienungsladen. Es dürfe „*kein Steuergeld für Parallelgesellschaften geben, auch für keine Scheinprojekte und schon gar nicht für irgendwelche Integrationsverweigerer. Denn Integration bedeute eben nicht, dass sich [...] die Landsleute eben hier an irgendwelche Fremden anpassen müssen, wie’s der ane oda andere eben will – I wü eben ned, wan di da herkommen und di si dann aufregen über irgendwelche religiösen Symbole, wie da vielleicht a Kreuz (Anm. #zHNÖ: Bors weist in Richtung eines offenbar hängenden Kreuzes im Sitzungssaal)*“.

Und er setzt seinen Sermon über Fremde, denen in Österreich so manches nicht passe, weiter fort und bringt das Beispiel einer Schweineschnitzel-Verweigerin, die daher den vom AMS angebotenen Job in der Gastronomie nicht annimmt, denn das passe für sie nicht. Und das passe für seine Partei nicht, denn Integration bedeute für seine Fraktion, dass jene, die hier leben wollen, „*unsere Sprache lernen müssen, dass sie unsere Regeln zum Akzeptieren haben [sic] und dass sie auch hier bei uns ihren Beitrag zum Leisten haben [sic]*“. Nachdem der Abgeordnete noch heftig auf Abg. Müller/Neos hingekeppelt hat, versucht

er zu erklären, dass seine Partei auch bereits einen Ersatz für den in die Jahre gekommenen Integrationsleitfaden in Form des Integrationskodex geschaffen habe. *LR Antauer* habe damit den nächsten Schritt gesetzt – „keine Förderromantik und mehr Hausverstand“. Und *Abg. Bors* erklärt, das sei der freiheitliche Weg, den seine Partei auch weitergehen würde und bedankt sich abschließend beim Landesrechnungshof im Namen seiner Partei für dessen umfassenden Bericht, den die FPNÖ selbstverständlich zur Kenntnis nehmen werde.

#zusammenhaltNÖ meint, wenn man schon von Migrant*innen und Geflüchteten fordert, Deutsch zu lernen und zu beherrschen, sollte man als Bio-Österreicher und in Österreich Beschulter mit bestem Beispiel vorangehen und zumindest im nö. Landtag korrektes Deutsch sprechen. Oder hat Abg. Bors die Forderungen von Integrationsministerin Bauer, vormals Plakolm, allzu ernst genommen und findet, „Fremde“ sollten in Österreich jetzt gefälligst auch Dialekt(e) und schlampige Umgangssprache (verstehen) lernen?

Und **#zusammenhaltNÖ gibt Abg. Bors und seiner FP-Fraktion noch den Tipp**, sich vielleicht einmal mit Österreichauswanderern zu beschäftigen, die in einigen Teilen der Welt eigene Siedlungen gebaut, einige Generationen lang ihre heimischen Tiroler Dialekte sprachen, sich offenbar nicht sofort intensiv in ihrer neuen Heimat integrierten oder gar assimilierten, wie dies die FPÖ jetzt offenbar von Migrant*innen erwartet. Wenn man laut Integrationskodex (S.13) offenbar schon Wohnviertel mit einem höheren Prozentsatz an Menschen mit anderer Erstsprache als Deutsch quasi als „Parallelgesellschaft“ einzustufen scheint, dann dürfte es viele Wohnbezirke in österreichischen Städten gar nicht geben. Und sind dann Touristenattraktionen wie Chinatown London, Chinatown New York, Little Italy oder Little Odessa auch Ansammlungen von „Parallelgesellschaften“, die ihre Umgebung gefährden? Müssten dann nicht auch Tiroler Gründungen wie Treze Tilias (Dreizehnlinden) und Colonia Tirol in Brasilien, Puerto Tirol in Argentinien oder Pozuzo in Peru geschlossen werden? Vielfach werden in diesen Orten noch Sprache, Bräuche und Traditionen gepflegt und niemanden scheint's zu stören. Und noch ein wichtiges Detail: neben Verfolgung politischer oder religiöser Art waren auch vielfach wirtschaftliche Gründe – oft sogar bittere Armut - ausschlaggebend, dass sich Tiroler*innen zur

Auswanderung entschlossen. Sie waren also im FP-Speak „Wirtschaftsflüchtlinge“, wie auch die Vorfahren der meisten burgenlandstämmigen US-Bürger*innen.

Abg. Franz Linsbauer/VP spricht als letzter Redner, bedankt sich bei allen Mitarbeiter*innen des Landesrechnungshofs für die gute und transparente Arbeit und kündigt an, dass die VPNÖ die drei Berichte zur Kenntnis nehmen werde.

Auch er geht auf die Nachkontrollen und die tw. beeindruckenden Umsetzungsquoten ein, sowie auf diverse Details, die bereits in früheren Redebeiträgen erwähnt wurden. Er hebt die Professionalisierung der Verwaltung hervor. Diese habe für eine deutlich höhere Transparenz und eine entsprechende Begleitung der Schutzsuchenden gesorgt. Der Abgeordnete spricht weiters über die Optimierung der internen Kontrollmechanismen, wodurch die Steuerung der Grundversorgung durch das Land wesentlich präziser und verantwortungsbewusster gestaltet werden konnte. Die Effizienz der Abrechnung und Prüfverfahren sei durch digitale Ansätze gesteigert worden.

Bei der Nachkontrolle zum Thema Integrationsangelegenheiten sei bestätigt worden, dass das Land NÖ die Empfehlungen mit hoher Priorität umgesetzt habe, v.a. die Schwerpunkte beim Spracherwerb seien positiv bewertet worden. Damit sei ein modernes Fundament geschaffen worden, um die gesellschaftliche Integration zielgerichtet und leistungsorientiert zu fördern.

Schließlich kommt *Abg. Linsbauer* noch auf den dritten Bericht zu sprechen, präsentiert viele beeindruckende Zahlen und Fakten aus dem Leistungsbericht 2025. Es seien 7,5 Mio. freiwillige Arbeitsstunden geleistet worden, in denen Mut, Zusammenarbeit und gelebte Nächstenliebe für die Gesellschaft bewiesen wurden. Besonders erfreulich sei die Entwicklung der Mitgliederzahlen in der Feuerwehrjugend und der Kinderfeuerwehr, wo über 1.100 Mädchen und Burschen spielerisch die Welt der Feuerwehr entdecken können. Hier wachse nicht nur Nachwuchs, sondern auch Kameradschaft für die Zukunft heran. Bei den Feuerwehreinsätzen seien 2025 4.109

Menschenleben gerettet worden. Und der Abgeordnete dankt all jenen Menschen, die 365 Tage pro Jahr zu jeder Tages- und Nachtzeit bei Bränden, Verkehrsunfällen, Hochwässern, Sturmschäden und anderen Katastrophen bereitstünden. Die Feuerwehren seien ein unverzichtbarer Bestandteil der Gesellschaft und im ländlichen Raum oft das einzige Herzstück, der einzige gesellschaftliche Mittelpunkt in kleinen Ortschaften, wo das Miteinander gelebt werde, wo junge Menschen Werte wie Disziplin, Kameradschaft und Hilfsbereitschaft erlernen und erleben und wo Sozialkompetenz direkt an die Jugend weitergegeben und eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung ermöglicht werde. Ohne das Ehrenamt wäre dieses System nicht finanzierbar. Diese großartige Arbeit brauche die bestmögliche Unterstützung und die bestmögliche Ausbildung. Abschließend geht der Abgeordnete noch im Detail auf diverse Ausbildungskurse inklusive der Führungskräfteausbildung ein. Jede Investition in die Ausbildung sei eine Investition in die Sicherheit der Bevölkerung und der Freiwilligen bei den Feuerwehren und *Abg. Linsbauer* drückt abschließend seinen aufrichtigen Dank an alle Freiwilligen aus.

Zusatzinformation

[Niedrigster Wert der Asylanträge im April 2026 seit 2014](#), 25.05.2026

[Florianiempfang im Stift Heiligenkreuz](#), NÖ Landesfeuerwehrverband, 07.05.2026

[FPÖ treibt Zahl der parlamentarischen Anfragen massiv in die Höhe – DiePresse.com](#) [FPÖ treibt Zahl der parlamentarischen Anfragen massiv in die Höhe – DiePresse.com](#), 22.02.2026

[FBPÖ stellte bereits mehr als 4000 parlamentarische Anfragen an Regierung - Inland - derStandard.at › Inland](#), 22.02.2026

[Freiwillige Feuerwehr NÖ: mehr als 68.000 Ausrückungen und 7,5 Millionen Stunden im Jahr 2025 - Land Niederösterreich](#), [Freiwillige Feuerwehr NÖ: mehr als 68.000 Ausrückungen und 7,5 Millionen Stunden im Jahr 2025 - Land Niederösterreich](#) 19.02.2026

[3074 Anfragen von Grünen und FPÖ blockieren Ampel - oe24.at](#), 20.09.2025

[Tausende FPÖ-Anfragen im Parlament: Ist das noch Kontrolle? Oder schon Sabotage? - FALTER](#), 28.08.2025

TO-Punkt 9: Bericht des Landesrechnungshofes betreffend Neubau des NÖ Universitätsklinikums Wiener Neustadt – Projektentwicklung (Bericht 5/2026)

[Bericht des Landesrechnungshofes 5/2026](#)

In ihrer Wortmeldung geht **Abg. Edith Kollermann/Neos** zuerst auf die gewaltige Kostensteigerung des Projekts von 2019 kolportierten 800 Millionen auf 1,5 Milliarden € ein, was fast einer Verdoppelung der Projektkosten gleichkomme.

Für die Abgeordnete stellt sich die Frage, ob das Projekt absichtlich so optimistisch veranschlagt wurde, um die Zustimmung zum Bauentschluss zu bekommen. Für diese Diskrepanz sehe der NÖ Rechnungshof die Ursachen in fehlenden Projektteilen, unvollständiger Planung und laufenden Nachbesserungen. Für *Abg. Kollermann* starte man laut Landesrechnungshofbericht ein Milliardenprojekt mit einem System ohne klare Projektorganisation, ohne funktionierendes Projektcontrolling, ohne nachvollziehbare Kostenverfolgung und mit mangelhafter Dokumentation.

Die **Klubobfrau der Grünen Helga Krismer-Huber** bezweifelt aufgrund der massiven Verzögerungen des Projekts, dass die Wiener Neustädter Bürger*innen überhaupt noch an eine Realisierung des Spitalneubaus glauben.

Für sie seien zu viele Player beteiligt, die auch zu viele divergierende Interessen vertreten würden. Sie orte ein gewisses Regierungschaos, wenn die Zuständigkeit für die Errichtung neben der Landesgesundheitsagentur auch der Bauabteilung mit ihren zahlreichen Stellen zugewiesen werde.

Auch für **Abg. Rainer Spenger/SP** würden durch die vielen Verzögerungen immer mehr Menschen in der Region glauben, das Uniklinikum würde nie gebaut werden. Die zahlreichen Abteilungen beim Amt der NÖ Landesregierung, die Landesgesundheitsagentur und nicht zuletzt Lokalpolitiker führten seiner

Meinung nach bei den Strukturen zu Doppelgleisigkeiten und Intransparenz.

Im Neubau des Universitätsklinikums Wiener Neustadt sieht **Abg. Philipp Gerstenmayer/FP** die zentrale Gesundheitsdrehscheibe für die gesamte Thermenregion und darüber hinaus. Der Abgeordnete bedankt sich beim Landesrechnungshof, geht aber nicht weiter auf die Erkenntnisse des Berichts ein.

Trotz veralteter Bausubstanz und Strukturen würden, wie **Abg. Marlene Zeidler-Beck/VP** aus dem Bericht herausliest, großartige Leistungen im aktuellen Landeskrankenhaus Wiener Neustadt in der medizinischen Versorgung der Bevölkerung der Stadt und der Region erbracht. Daher habe auch der NÖ Landesrechnungshof nie die medizinische Notwendigkeit des Projekts angezweifelt. Auf die Kritikpunkte des Landesrechnungshofberichts geht sie nicht weiter ein.

Die Abgeordnete merkt nur kritisch an, dass es bei dem Bericht um die Projektentwicklung gehe und die Debatte hier im Landtag mitten in der Umsetzungsphase des Gesundheitsplans 2040+ erfolge.

Zusatzinformation

[Kostenexplosion: Krankenhaus Wr. Neustadt - Die Kosten explodieren auf 1,5 Milliarden - Wiener Neustadt](#), Mein Bezirk, 11.05.2026

[Spital Wiener Neustadt: Kosten verdreifacht, auch Grüne regen sich jetzt auf - oe24.at](#), 07.05.2026

[NEUBAU IN WR. NEUSTADT – SPITALSKOSTEN EXPLODIEREN: 1,46 MRD. € STATT 561 MIO. € | HEUTE.AT](#), 06.05.2026

[Landesrechnungshof prüfte Klinik-Neubau - noe.ORF.at](#), 06.05.2026

TO-Punkt 10: Bericht des Rechnungshofes betreffend Wald im Klimawandel: Strategien und Maßnahmen; Follow-up-Überprüfung (Reihe Niederösterreich 2026/2)

Link zum [Bericht des Rechnungshofs Österreich](#) (Follow-up-Überprüfung)

Obwohl es im Rechnungshofbericht zahlreiche Empfehlungen zu den heimischen Wäldern gibt, würden viele davon laut Aussage von

Abg. Christoph Müller/Neos einfach nicht umgesetzt. So werde einerseits der Erhalt der Schutzwälder eingemahnt und andererseits die ungezügelte Bodenversiegelung im Rechnungshofbericht kritisiert. Niederösterreich liege bei der Bodenversiegelung um 60 % über dem österreichischen Durchschnitt, dennoch würden viele Gemeinden neue Betriebsgebiete auf die grüne Wiese stellen.

In ihrer Wortmeldung betont **Abg. Helga Krismer-Huber/Grüne** ebenfalls die Bedeutung des Schutzwaldes zum Schutz der Menschen in diesen Regionen, wobei der RH-Bericht beim Thema Schutzwald ihrer Meinung nach noch viel ungenutztes Potenzial aufzeige. Des Weiteren appelliert die Abgeordnete auch an die Jägerschaft, denn eine zu hohe Wilddichte verursache in manchen Regionen ebenfalls Probleme für den Wald.

Nicht nur als Wirtschaftsfaktor, sondern vor allem auch als Lebensraum für zukünftige Generationen sieht **Abg. René Zonschits/SP** den Wald. Er bedauert in diesem Zusammenhang, dass Niederösterreich erst zwei RH-Empfehlungen umgesetzt habe. Der RH-Bericht mache aber klar, dass im Hinblick auf den Schutzwald weitere Maßnahmen notwendig sein würden, etwa der verstärkte Aufbau von Mischwäldern.

Die Wälder stünden laut **Abg. Alexander Schnabel/FP** durch Trockenheit, Sturmereignisse oder auch den Borkenkäfer massiv unter Druck. Der Abgeordnete betont die Wichtigkeit einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Waldpolitik. Der Bericht bestätige, dass Österreich und Niederösterreich über ausreichende funktionierende Kontroll- und Schutzmechanismen und bewährte nationale Instrumente verfüge.

Er wendet sich jedoch entschieden gegen EU-Verordnungen und betont, dass man schon gar keine EU-Entwaldungsverordnung brauche. Wie bei **Abg. Schnabel** nicht überraschend, darf daher das übliche EU-Bashing nicht fehlen, wenn er meint: „Denn diese Verordnung ist ein Musterbeispiel für desillusionierte [sic]

und abgehobene Brüsseler Bevormundungspolitik.(...) Diese realitätsfremde EU-Schwachsinnsverordnung behandelt unser wunderschönes Bundesland so, als wären wir Teil eines globalen Entwaldungsproblems. Das ist politisch absurd und gegenüber unseren Waldbesitzern eine Zumutung (...) Wir brauchen keine EU-Gängelei.“

Abg. Schnabel wolle die anstehenden Herausforderungen lieber gemeinsam mit den heimischen Bauern, Waldbesitzern, Behörden und Waldschutzexperten lösen.

KO Helga Krismer-Huber/Grüne meldet sich noch einmal zu Wort und widerspricht ihrem Vorredner. Sie nimmt die Entwaldungsverordnung der EU in Schutz und sagt, der RH-Bericht habe nichts mit der [EU-Entwaldungsverordnung](#) zu tun. Doch beim Vergleich von Forstgesetzen in Europa, und wenn man europäisch denkt, müsse man für und dürfe nicht gegen die Entwaldungsverordnung sein.

Das Ökosystem Wald habe laut **Abg. Josef Edlinger/VP** einen wesentlichen Anteil an der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes. Die heimische Forst- und Holzwirtschaft bringe eine Wertschöpfung von über 43 Mrd. €. Der Wald spiele aber auch eine wichtige Rolle als Wasserspeicher und Luftfilter, CO₂-Speicher und Erholungsraum. Er sei aber auch Lebensraum für viele Tier- und Pflanzenarten. Ein wichtiges Instrument, um den Folgen des Klimawandels entgegenzutreten, sei daher der Waldfonds, der Folgen von Unwetterereignissen abfedern helfe. Für **Abg. Edlinger** sei eine zweijährige Evaluierung, wie im Bericht vorgesehen, nicht zielführend, da in der Forstwirtschaft längere Zeiträume zum Tragen kämen.

TO-Punkt 11: Antrag mit Gesetzesentwurf betreffend Landesgesetz, mit dem das NÖ Gleichbehandlungsgesetz, das NÖ Landes-Bedienstetengesetz, die Dienstpragmatik der Landesbeamten 1972, das Landes-Vertragsbedienstetengesetz, das NÖ Spitalsärztegesetz 1992, das NÖ Gemeinde-Bedienstetengesetz 2025, die NÖ Gemeindebeamtendienstordnung 1976, die NÖ Gemeindebeamtengehaltsordnung 1976 und das NÖ Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 1976 geändert werden

Links zum [Antrag](#) von VP und FP, zum [Gesetzesentwurf](#) und zum [Antrag](#) des Rechts- und Verfassungsausschusses

Zu diesem Antrag, der einstimmig angenommen wurde, gibt es nur drei Wortmeldungen der Mandatare. Als erster Redner erklärte **Abg. René Pfister/SP**, dass es bei diesem Gesetz nicht nur um mehr Transparenz bei den Gehältern und verbesserten Schutz vor Diskriminierung gehe, sondern auch um die Stärkung der Gleichbehandlungsinstitutionen, für welche mehr Personal und mehr Räume gefordert würden. Er betont, dass diese Gesetzesänderung auch einen zusätzlichen jährlichen Bericht an die Landesregierung und alle vier Jahre einen umfangreichen Gleichstellungsbericht erfordere. Durch das neue Gesetz müssten EU-Vorgaben ins Bedienstetengesetz eingearbeitet werden. **Abg. Pfister** weist auch darauf hin, dass das neue Gesetz ebenso Verbesserungen für die Arbeitgeber bringen würde, mit klareren Regelungen für Ausschreibungen und mehr Kontrollen durch Gleichstellungsorgane.

Für **Abg. Jürgen Handler/FP** würden jetzt EU-Richtlinien ins NÖ Landesrecht übernommen, im Bereich Dienstrecht, Gleichbehandlung und Transparenz. Wobei für ihn gleiches Gehalt für gleiche Leistung bereits jetzt im NÖ Landes- und Gemeindebedienstetengesetz umgesetzt seien.

Für die Implementierung dieser europäischen Normen ins NÖ Dienstrecht sieht **Abg. Hermann Hauer/VP** keine Probleme. Denn diese Gesetzesänderung sei seiner Meinung nach ein klares Bekenntnis zum ohnehin bewährten, transparenten und fairen Dienstrecht in Niederösterreich. Er sehe daher keine Hindernisse bei der Umsetzung der EU-Vorgaben zur Entgelt-Transparenz oder auch zur Gleichbehandlung, denn schon jetzt gelte in Niederösterreich gleiches Gehalt für gleiche Arbeit.

TO-Punkt 12: Antrag betreffend EU-Bürokratieabbau und Vereinfachung von EU-Rechtsetzung

Links zum [Antrag](#) von VP und FP, zum [Antrag](#) des Rechts- und Verfassungsausschusses und zum [Resolutionsantrag](#) von Abg. Christoph Müller/Neos: (ab Minute 4:18)

Seine Lobeshymne auf die Europäische Union leitet **Abg. Christoph Müller/Neos** mit einem Zitat der NÖ Landeshauptfrau „*Europa ist ein messbarer und spürbarer Erfolg*“ ein und meint weiter, durch die Europäische Union seien wir alle sicherer, wohlhabender und freier geworden. Österreich sei einer der größten Profiteure des Gemeinsamen Marktes, da zehn Prozent unseres BIP aus diesem kämen. Und im Hinblick auf den im Antrag geforderten Bürokratie-Abbau lässt er noch einmal die Landeshauptfrau zu Wort kommen, die mit ihrem Zitat „*Wer weniger Bürokratie wolle, solle auch weniger Bürokraten wollen*“ damit aber vor allem auf die EU-Beamten*innen abzielt. **Abg. Müller** schaut dann genauer hin, wieviele Beamte die EU hat und wieviele in der NÖ Landesverwaltung tätig sind und danach stelle sich für ihn dann doch die Frage „*Wer sind die, die da effizienter arbeiten?*“

Seiner Ansicht nach entbehre daher der Antrag jedweder Grundlage und er erwähnt die [10 Omnibus-Verordnungen der EU-Kommission](#) als Gegenbeweis. Es bedürfe mutiger Reformen, damit Unternehmer wieder hier investieren und nicht ihre Unternehmen auslagern. Ein starkes Europa brauche einen starken

Binnenmarkt und daher bringe er einen **Resolutionsantrag** mit der Aufforderung an die NÖ Landesregierung ein, sich verstärkt für die Vollendung des Binnenmarktes einzusetzen.

Gegen einen Bürokratieabbau hat auch **Abg. Georg Ecker/Grüne** nichts einzuwenden. Er sehe aber die Gefahr, dass mit der Abschaffung oder Abschwächung von Gesetzen im Umweltbereich unsere Lebensgrundlagen wie sauberes Wasser und intakte Natur aufs Spiel gesetzt würden.

Er wendet sich dann direkt an die VPNÖ und redet deren Mandataren ins Gewissen. **Abg. Ecker** wendet sich an die „*Konservativen*“, denn so nenne sich seiner Meinung nach die ÖVP, ebenso an Teile der FPÖ, ob sie denn wüssten, wo denn der Name herkommt. Und der Abgeordnete versucht dann im Weiteren den Begriff „*conservare*“ als aus dem Lateinischen kommend zu erklären: „*Erhalten, bewahren, schützen*“. Und das alles, was es in Österreich zu bewahren gelte, das sei ja nicht „*selbstverständlich*“!

Was der Antrag nämlich meine, und das sei das Problem für die Grünen, dass die Naturwiederherstellung gestrichen werden solle. Es sollten die Wasserrichtlinien entkernt werden, es sollte das Lieferketten-Gesetz abgeschafft, es sollten die Gebäude-Effizienz-Richtlinien wieder abgeschafft werden.

Man muss sich nach der Aussage von **Abg. Ecker** fragen: „*Warum will man jene Gesetze und Rahmen abschaffen, die unsere Lebensgrundlage schützen? Nur um es ein paar Superreichen recht zu machen, wie Abg. Ecker meint, die dann noch mehr Geld verdienen auf Kosten von uns allen?*“

Die geltenden Standards müssten erhalten bleiben und er verweist da auf das vielfach kritisierte Lieferkettengesetz im Hinblick auf Kinderarbeit.

In seiner Wortmeldung kritisiert **Abg. Christian Samwald/SP** diesen Antrag (FP u. VP) heftig und meint, dass es ja nicht einmal die Schuld der ÖVP sei, aber „*genau so etwas*“

dabei herauskomme, wenn man mit glühenden Europäern wie der FPÖ gemeinsam einen Antrag stellen muss. Wenn wir über die Europäische Union sprechen wollen, sollten wir auch eine ernsthafte Debatte darüber führen und nicht so einen Wischi-waschi-Antrag stellen“.

Abg. Samwald stellt ernüchtert fest, dass sich EU-Diskussionen der FP Niederösterreich immer wieder in diese banale Richtung entwickelten.

Abschließend hält er aber im Hinblick auf die im Vorjahr medial präsentiert größte Verwaltungsreform in der Geschichte des NÖ Landtags den Mandatar*innen den Spiegel vor: denn nur ganze drei Gesetze seien damals entrümpelt worden.

Abg. Gerstner/FP nimmt sich dann im Plauderton auf locker und entspannte Weise die beiden Oppositionspolitiker vor und richtet dem Neopolitiker aus, er möge sich um den Staatssekretär und nicht um die EU-Kommission kümmern. Dem Grünpolitiker wirft er vor, dass die [EU unser Trinkwasser habe verkaufen wollen](#).

In seinem Statement weist **Abg. Gerstner** darauf hin, wie wichtig eine Entbürokratisierung von zum Teil sehr unnötigen Gesetzen sei, weil ja damit auch unsere Unternehmer leben können sollten.

Und der FP-Politiker verwehrt sich vehement dagegen, dass „wenn man EU-kritisch sei, dies gleich heiße, man wolle die EU abschaffen“.

Aber das stimme so nicht. Denn auch die anderen Parteien übten Kritik an der EU, kämen aber nicht in diesen Verdacht.

Für **Abg. Bernhard Heinreichsberger/VP** würde es noch mehr Bürokratie bedeuten, nicht bei der EU dabei zu sein. Konstruktive Diskussionen zur EU sehe er nicht negativ. Der Abgeordnete behauptet, die EU liege in der DNA der VP. Seiner Meinung nach solle die EU „performen, nicht vernormen“. Er trete für das Subsidiaritätsprinzip ein, dass die EU sich nur um die großen Leitlinien kümmern müsse,

alles andere sollten die Länder und Regionen selbst machen. Er unterstreicht, dass konstruktive Kritik an der EU noch lange nicht bedeute, EU-Feind zu sein.

Zusatzinformation

[EU-Kommission gibt nach: Trinkwasser wird nicht privatisiert | tagesschau.de](#), 23.06.2013

[Europäischer Wassermarkt: Privatisierung mit Wenn und Aber | taz.de](#), 24.01.2013

[Liberalisierung und Privatisierung im Wassersektor Europas](#), 15.08.2005

TO-Punkt 13: Antrag betreffend Verbot der privaten Schutzhundeausbildung – Änderung des NÖ Hundehaltegesetzes

Links zum [Antrag](#) der Grünen und zum [Antrag](#) des Rechts- und Verfassungsausschusses

Für **Abg. Anja Scherzer/FP** würden durch den Antrag vor allem jene getroffen, die sorgsam arbeiten und gesetzliche Vorgaben einhielten. Sie sei empört, dass durch diesen Antrag verantwortungsvolle Züchter, Gebrauchshunde-sportler und jene, die gewissenhaft mit ihren Hunden arbeiten würden, getroffen werden. Für die FP-Abgeordnete gefährde der Antrag funktionierende Strukturen.

Es sei für **Abg. Dominic Hörlezeder/Grüne** eine ernüchternde Erkenntnis, dass für den Schutz der Menschen vor Tieren die Länder zuständig seien. Dies sei ein „glasklarer Arbeitsauftrag“ an die Länder, der umzusetzen sei. Wien habe dies bereits umgesetzt, Niederösterreich noch nicht.

Alle seien laut **Abg. Michael Bierbach/SP** für das Wohl der Bürger*innen. Die Sozialdemokratie sei aber massiv dagegen, einen Hund als Waffe ausbilden zu können. Es ginge um den Sicherheitsaspekt zwischen Tier und Mensch. So sei es daher wichtig, dass Niederösterreich handle und ein Verbot der privaten Schutzhundeausbildung erlasse. Diensthunde der Polizei und für das Bundesheer sollten nach Meinung von **Abg. Bierbach** davon ausgenommen sein. Die SP-Fraktion unterstütze diesen Antrag als wichtigen Beitrag zur Sicherheit in

Niederösterreich und zum Schutz der Bevölkerung durch entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen.

All das, was hier geschildert werde, würde nach Meinung von **Abg. Hubert Keyl/FP** nur niedere Instinkte schüren. Die Sicherheit im Österreichischen Hundewesen stehe auf dem Spiel, da mit diesem Antrag eine Verlagerung in den Hinterhof passiere. Beschaffung und Auswahl der Hunde würde sich ins Ausland verlagern, ebenso die gesamte Zucht. Dort gebe es laut **Abg. Keyl** keine Tierschutz- und Ausbildungsstandards. Abschließend dankt er den heimischen Züchtern und ersucht, diese nicht zu kriminalisieren.

Trotz hitziger Debatten im Landtag oder Nationalrat gebe es kein Gesetz gegen Verantwortungslosigkeit und Dummheit, meint **Abg. Anton Erber/VP**, wenn Menschen Unsicherheit und Komplexe mit einem großen und scharfen Hund zu kompensieren versuchen. Viele Menschen würden seiner Meinung nach die Ausbildung mit einem Listenhund beginnen, diese jedoch nicht bis zum Ende durchhalten. **Abg. Erber** plädiert daher für harte Strafen für jene, die weder Verantwortung noch Kontrolle über ihr Tier hätten, spricht sich aber nicht für ein generelles Verbot von Hundetraining in privaten Vereinen aus und stimmt mit seiner Fraktion daher gegen den Antrag der Grünen.

Zusatzinformation

[Dominic Hörlezeder: „Sicherheit geht vor – Private Schutzhundeausbildung in Niederösterreich sofort verbieten!“](#), PA, 29.04.2026

[Verbot gefordert - Grüne wollen Aus für private Schutzhundeausbildung | krone.at](#), 28.04.2026

TO-Punkt 14: Antrag betreffend Sicherstellung der Finanzierung und Weiterführung des Don Bosco Jugendzentrums in Amstetten

Link zum [Antrag der Grünen](#); [ablehnender Antrag](#) des Wirtschafts- und Finanzausschusses

Der Tagesordnungspunkt, der eigentlich ein total lokales, maximal regionales Thema betrifft,

wächst sich buchstäblich zum Showdown im Landtag aus, bei dem ideologische und politische Positionen heftig aufeinander prallen und die Charaktere der Mandatar*innen sehr deutlich sichtbar werden.

Sogar der zweite *Landtagspräsident Gottfried Waldhäusl/FP* schaltet sich nach der Rede von *Abg. Christoph Kainz/VP* ein und wirft sich buchstäblich in die Schlacht. Auf emotionale Weise wirft er Kainz vor, ein „*gefährliches Spiel*“ zu spielen und unterstellt ihm quasi, zu laviieren und es allen Seiten recht machen zu wollen.

Wieder einmal zeigt sich, wer in dieser Regierung das Sagen hat und wer zwischendurch nicht oder nur äußerst zurückhaltend protestiert, aber im Grunde nichts zu plaudern hat. Die Fronten, die sich auftun, liegen auf der einen Seite zwischen Grünen, Neos und SP bzw. der FP und der halbherzig beschwichtigenden VP, die nicht weiß, wie sie alle Interessen gleichzeitig bedienen soll, ohne ihren Koalitionspartner zu verärgern.

Es würde diesmal zu weit führen, sämtliche Redebeiträge im Detail wiederzugeben, denn es geht bei diesem TO-Punkt eigentlich gar nicht mehr um das Don Bosco Jugendzentrum an sich, sondern um viel fundamentalere politische, ideologische und weltanschauliche Themen, die sich in einem Konflikt entladen. Regelmäßigen Beobachter*innen der Landtagssitzungen war schon länger klar, dass unter der Oberfläche immer wieder Konflikte schwelen, aber meist noch unter dem Deckel gehalten wurden. Diesmal bricht der Konflikt aber in voller Stärke aus und **#zusammen-HaltNÖ meint, es lohne sich daher ausnahmsweise, die Redebeiträge in voller Länge anzuhören**. Man bekommt dann nämlich einen sehr guten Eindruck über die tiefen Gräben, die sogar die Regierungsparteien voneinander trennen. Und die Reden geben außerdem gute Einblicke in die Persönlichkeitsstruktur einzelner Mandatar*innen bzw. deren Wertesysteme und zeigen deutlich ihr Verhalten in

Konfliktfällen. Jede/r kann daraus seine/ihre eigenen Schlüsse ziehen.

Zusatzinformation

[Gestrichene Förderung - Don-Bosco-Heim Amstetten: Zank der Koalitionspartner im Landtag - NÖN.at, 29.05.2026](#)

[Don-Bosco-Heim - Stadtpolitiker empört über Aus-sendung von FPÖ-Landesrat Antauer - NÖN.at, 21.04.2026](#)

[Empörung in Amstetten - Sondersitzung des Gemeinderats zum drohenden Aus für Don-Bosco-Heim - NÖN.at, 20.04.2026](#)

[FPÖ-Antauer: „Wir schützen Steuerzahler vor links-wokem Wahnsinn“, PA des Freiheitlichen Klubs im NÖ Landtag, 20.04.2026](#)

[Amstetten: Förderstopp führt zu Schließung von Don-Bosco-Heim - religion.ORF.at, 17.04.2026](#)

[Don-Bosco-Heim Amstetten: FPÖ-Landesrat Antauer gefährdet 60 Jahre Jugend- und Integrationsarbeit, PA Grüner Klub im NÖ. Landtag, 16.04.2026](#)

TO-Punkt 15: Antrag gemäß § 34 LGO 2001 betreffend Pflegebonus in Niederösterreich absichern und Verwaltung vereinfachen

Links zum [ursprünglichen Antrag der SP](#), zum [§ 34er-Antrag von VP und FP](#), der den ursprünglichen Antrag „miterledigt“ und zum [Antrag des Gesundheitsausschusses](#)

Durch den schließlich im Landtag einstimmig beschlossenen § 34er-Antrag wurde von der VFPF-Koalition, wie so oft, der Antrag einer anderen Partei ausgehebelt und „miterledigt“. Dies ist laut [Landesgeschäftsordnung](#) möglich. Der ursprüngliche Antrag der SP wurde um ein Begehren an die Bundesregierung erweitert, dass die Abwicklung der Entgelterhöhung für den Pflegebonus aus dem Pflegefonds herausgelöst und durch den Bund selbst erledigt werde.

Während **Abg. Edith Kollermann/Neos** die Fortführung des Pflegebonus und Vereinfachung der Abwicklung begrüße, gibt sie zu bedenken, dass es bei dieser Einzelmaßnahme nicht bleiben könne. Sie müsse in ein Gesamtstrategie passen, die durch die ständige Zunahme der Hochaltrigen und die Veränderung von Familienstrukturen ebenfalls dringend angepasst werden müsse. Es brauche daher ein Gesamtkonzept und eine

Finanzierungsstrategie. Es genüge nicht, die Verantwortung an den Bund weiterzuschieben. Es gebe keine klare Antwort auf die Frage, was das Ziel der nö. Pflegepolitik sei. Fragen bezüglich strategischer Gesamtplanung, bezüglich Anzahl der zukünftig notwendigen Pflegekräfte im mobilen und stationären Bereich, bezüglich der pflegenden Angehörigen oder bezüglich der Finanzierung seien nicht geklärt. Das sei eine Politik der kurzfristigen Überschriften, aber nicht der langfristigen Lösungen. Dieser Antrag sei zu kurz gegriffen, denn wenn es darum gehe, die Gehälter anzupassen, gehöre dies in den Bereich der Kollektivvertragsverhandlungen, aber nicht in den Förderbereich. Aber die Gehälter müsste ja das Land zahlen. Der Antrag zielt aber auf die Weiterleitung an den Bund ab. Der einzige Grund für die Unterstützung des Antrags durch ihre Fraktion sei, dass man hoffe, durch das Weiterschieben auf die nächste Ebene komme der eine oder andere Stein ins Rollen, wie Pflege funktionieren solle und wie sie finanziert werde.

Abg. Silvia Moser/Grüne hält fest, dass der Pflegebonus für tausende Beschäftigte in der Pflege eine reale Gehaltskomponente und ein Signal der Wertschätzung bedeute. Ein Wegfall würde einer faktischen Gehaltskürzung gleichkommen und den Pflegenotstand weiter verschärfen. Der ursprüngliche Antrag zielt darauf ab, den Pflegebonus abzusichern und erinnere daran, dass der Bonus beschlossen und über das Pflegefondsgesetz bis 2028 zweckgebunden finanziert sei. Er zeige aber auch die Fragilität dieser Regelung auf und die Abgeordnete erinnert an die Diskussion in Salzburg, den Pflegebonus einzustellen, was zu einer massiven Verunsicherung führte. Für die Grünen sei klar: solange es keine bessere Lösung gebe, sei der Pflegebonus ein unverzichtbarer Bestandteil der Personalpolitik in Pflege und Betreuung. Wer ihn in Frage stelle, sende ein fatales Signal an jene Menschen aus, die im System dringend gebraucht würden und gehalten werden müssten. Mit den Diskussionen

über den Gesundheitsplan sei der Pflegenotstand etwas in den Hintergrund geraten, aber ungelöst.

Abg. René Pfister/SP geht auf die Verunsicherung zur Halbzeit der Pflegebonusperiode ein und meint, die VFPF-Koalition habe durch ihren § 34er-Antrag die Initiative des SP-Antrags aufgegriffen und am Ende als gemeinsame gute Lösung verkauft. Im Detailbereich der verpflichtend umzusetzenden, 2023 beschlossenen Pflegereform gehe es um die Rahmenbedingungen innerhalb des Pflegeberufes, wie Arbeitszeiten, Dienstplantreue, Teilzeitbeschäftigung. Und es gehe darum, den in diesem so wertvollen Bereich Tätigen Klarheit und Sicherheit zu geben.

Der **FP-Abgeordnete Richard Punz** beginnt seine Rede mit einem Loblied und Dank an alle Pflegekräfte. Jetzt gehe es sowohl um die weitere Absicherung des Pflegebonus, aber auch um eine Vereinfachung der aufwändigen Verwaltung. Doppelstrukturen und ineffiziente Abläufe würden niemandem helfen und die in der Pflege Beschäftigten bräuchten verlässliche Rahmenbedingungen. Der § 34-Antrag würde die Absicherung des Pflegebonus und eine Vereinfachung der Abwicklung verbinden.

Als letzter Redner unterstützt **Abg. Anton Erber/VP** ebenfalls die Idee der Abwicklung des Pflegebonus durch den Bund. Er nennt die Zahl von mehr als 29.000 Personen in NÖ, die in irgendeiner Form den Pflegebonus erhielten, was Kosten von 50 Mio. € verursache. Die Abrechnung durch den Bund sei eine vernünftige administrative Vereinfachung. Abschließend dankt auch er allen im Pflegebereich Tätigen.

Zusatzinformation

[„Pflegebonus“ für Pflegekräfte bis 2028 gesichert | Arbeiterkammer Niederösterreich, o.D.](#)

[„Stopp den Pflegeraub“ - SPÖ NÖ warnt vor möglichem Ende des Pflegebonus in Niederösterreich - NÖN.at, 11.03.2026](#)

[Finanzielle Wertschätzung - Pflegebonus wird in Niederösterreich fortgesetzt - NÖN.at, 10.11.2025](#)

Quellen für diese Ausgabe der IMPRESSIONEN

- Analyse der Videobeiträge der LT-Sitzung
- div. Medienberichte

Nachzuhören: Gesamtvideo der Landtagssitzung

[38. Landtagssitzung – 28.05.2026 \(XX. GP\) – NÖ Landtag](#)

Nachzulesen:

[Niederösterreichische Landeskorrespondenz - Landtag aktuell, 28.05.2026](#)

**Nächste Landtagssitzung:
Do 18.06.2026, 13 Uhr,
Leopoldsaal, Haus 1A**

20 Plätze für Besucher*innen, Platzreservierung jedoch nicht möglich.

Siehe: https://www.noe.gv.at/noe/Schluesseleuebergabe_fuer_Ausweichquartier_des_NOe_Landtag.html